

## Sie bewegt sich doch

Neue Erkenntnisse und Trends in der quantitativen Kriegsursachenforschung

*In die quantitative Kriegsursachenforschung ist Bewegung gekommen. Der Literaturbericht referiert zunächst jüngere Befunde zu internationalen Konflikten. Hier zeigt sich, dass stabile Machtdifferenzen, ausgeprägte Interdependenzen und ein hohes Maß an institutioneller Verregelung die Gewaltanfälligkeit von Staatendyaden signifikant verringern. Gleichzeitig wird deutlich, dass Territorialkonflikte zwischen gleichmächtigen und rivalisierenden Akteuren unverhältnismäßig oft eskalieren. Zum Zweiten illustriert der Beitrag anhand von Ergebnissen quantitativer Studien zu zwischenwie innerstaatlichen Gewaltkonflikten die Renaissance liberaler Ansätze in der Kriegsursachenforschung. Schließlich wird mit Blick auf die »neuen Bürgerkriege« davor gewarnt, die Bedeutung strategischer Kalküle bei den oftmals mit äußerster Brutalität geführten Auseinandersetzungen zu unterschätzen.*

### 1. Einleitung<sup>1</sup>

Die quantitative Kriegsursachenforschung (KUF) hat in Deutschland keinen guten Ruf (vgl. Daase 2002: 87; Gantzel 1997: 260). Sie gilt als empirisch unergiebig und analytisch aussichtslos. Auch der Literaturbericht von Klaus Schlichte (2002) in der Ausgabe 1/2002 der ZIB reiht sich in diese Kritik ein. Der Autor beklagt das ideenlose Zahlenwerk quantitativer Studien, die Dominanz realistischer Kausalmodelle, ihre Ignoranz gegenüber innerstaatlichen Kriegen und den Mangel an adäquaten Theorien. In den von ihm besprochenen Büchern identifiziert der Autor Defizit über Defizit und kommt zu dem Schluss, dass der »Fluch der Spezialisierung« durch den Segen der Interdisziplinarität zu überwinden sei. Das »gegenseitige Beschweigen« der Fachgemeinschaften müsse ein Ende finden, wenn brauchbare Erkenntnisse gewonnen werden sollen. Außerdem müssten die IB ihre überholte Ausrichtung auf die Untersuchung zwischenstaatlicher Kriege aufgeben und sich dem Phänomen innerstaatlicher Kriege öffnen.

Den Stand der quantitativen Kriegsursachenforschung kann und will ich nicht schönschreiben. Viele von Schlichtes Klagen sind so berechtigt wie alt. Vor allem die Forderungen nach Interdisziplinarität und kontextualisierten Theorien, die durch die plausible Identifikation von Wirkungsmechanismen zwischen allgemeinen Rahmenbedingungen politischer Gewalt und konkreten Eskalationsprozessen vermitteln, sind berechtigt. Gleichwohl meine ich aus drei Gründen, dass er den Zustand der Disziplin

---

1 Für kritische Anregungen zu früheren Versionen des Textes danke ich den anonymen GutachterInnen der ZIB, Nicole Deitelhoff, Matthias Dembinski, Anna Geis, Catherine Götz, Marcus Janz, Peter Kreuzer, Bruno Schoch, Wolfgang Wagner und Rudolf Witzel.

zu düster zeichnet und sein Bericht mit Blick auf die quantitative Kriegsursachenforschung in hohem Maße ergänzungsbedürftig ist. Zunächst ignoriert er eine Reihe wichtiger Forschungsergebnisse zu internationalen Kriegen (vgl. Kapitel 2).<sup>2</sup> Zweitens blendet Schlichte eine Perspektivenverschiebung in der Analyse inner- wie zwischenstaatlicher Konflikte aus, welche die Forschung in den vergangenen zehn Jahren nachhaltig beeinflusst hat: die Renaissance liberaler Ansätze, die im Gegensatz zu systemischen Modellen die kausale Bedeutung von Akteursmerkmalen für die Erklärung politischer Gewalt betonen (vgl. Kap. 3). Auch in diesem Zusammenhang spielen quantitative Studien eine wichtige Rolle. Schließlich wird die Bedeutung rationaler Handlungslogiken in der Theoriebildung zur Kriegsursachenforschung der letzten Jahre unterschätzt, wenn sie grob dem aus Sicht Schlichtes (2002: 117f) veralteten Realismus zugeschlagen werden (vgl. Kap. 4)

Das Hauptanliegen in den drei folgenden Abschnitten ist daher die Dokumentation von Befunden aus der quantitativen Kriegsursachenforschung und deren Anschlussfähigkeit an wichtige Debatten in den IB. Was an dieser Stelle allein schon aus Platzgründen nicht geleistet werden, ist eine kritische Würdigung der einzelnen Teilergebnisse. Stattdessen beschränkt sich der Literaturbericht auf Studien, die ich für methodisch vertretbar halte und die nach meiner Überzeugung zuverlässige Resultate produzieren.

## 2. *Neuere Ergebnisse quantitativer Studien zu internationalen Konflikten*

Schlichte (2002: 117) hat zunächst Recht: Die Ergebnisse der quantitativen Kriegsursachenforschung zu zwischenstaatlichen Konflikten klingen wenig aufregend, und Theorien lassen sich aus ihnen auch nicht unmittelbar ableiten. Aber gemessen an den niedrigen Erwartungen ihrer KritikerInnen (vgl. Gantzel 1997: 260; Schlichte 1996: 14-16; Siegelberg 1994: 16-23) hat es in den letzten Jahren durchaus Fortschritte gegeben, die darüber hinaus theorierelevant sind. Die neuen Befunde markieren *Kontexte* internationaler Politik, in denen das Kriegsrisiko zwischen Staaten zu- oder abnimmt.<sup>3</sup> Und wenn wir davon ausgehen, dass Kriege in der Regel zielbe-

---

2 Das mag auch damit zusammenhängen, dass das aktuellste von Schlichte besprochene Buch aus der quantitativen KUF vier Jahre alt ist. Gute Überblicke zu Stärken wie Schwächen quantitativer Kriegsursachenforschung um die Jahrtausendwende bieten die Beiträge in Midlarsky (2000) und Vasquez (2000b). Wichtig sind außerdem die Bücher von Brecher und Wilkenfeld (2000) sowie von Pfetsch und Rohloff (2000), in denen die Autoren den Wissensstand im »International Crisis Behavior«-Projekt und im KOSIMO-Projekt dokumentieren.

3 Auf die quantitative Forschung zu innerstaatlichen Kriegen gehe ich in Abschnitt 3.2 ein. Schon an dieser Stelle möchte ich allerdings betonen, dass Schlichte irrt, wenn er schreibt, dass die Disziplin »zur wissenschaftlichen Behandlung innerstaatlicher Kriege bisher wenig beigetragen« (Schlichte 2002: 122) habe. Vom »Correlates of War«-Projekt werden seit langem Bürgerkriege analysiert (jüngst Henderson/Singer 2000 und Henderson 2002: 103-124). KOSIMO hat immer wieder zu diesem Thema publiziert (vgl. Pfetsch/Rohloff 2000). SIPRI und PRIO untersuchen innerstaatliche Konflikte. Die Maryland-Projekte »Minorities at Risk« und »State Failure« haben in der IB-Community einen ähnlich festen Platz wie die Forschungsgruppe der Weltbank »The Economics of Civil War, Crime and

wussten Entscheidungen von kosten- und informationsempfindlichen Eliten folgen (vgl. Kap. 4), dann lassen sich hieraus sinnvolle Überlegungen anstellen, wie diese Risiken in der Praxis durch die Manipulation von Umweltbedingungen zu minimieren sind. Ohne umfassend auf jüngere quantitative Arbeiten in der Kriegsursachenforschung eingehen zu können, sollen zumindest fünf Befunde herausgestellt werden: die geringe Gewaltanfälligkeit stabil asymmetrischer Dyaden, das hohe Gewaltisiko in strategischen Rivalitäten, die zivilisierenden Wirkungen internationaler Organisationen, die Verringerung des Kriegsrisikos durch Handel und das Eskalationsrisiko in Territorialkonflikten.

### 2.1. Die geringe Gewaltanfälligkeit stabil asymmetrischer Dyaden

Bis Mitte der Neunzigerjahre haben vor allem realistische Autoren erbittert darüber gestritten, ob sich gleich starke Staaten häufiger bekriegen als solche mit deutlichen Machtunterschieden. Auf der einen Seite standen die VertreterInnen so genannter *Balance-of-Power-Modelle* wie Hans Morgenthau (1973) und Kenneth Waltz (1979). Für sie war klar: Militärische Macht findet ihre Grenze nur in Gegenmacht. Solange die Kräfteverhältnisse zwischen zwei oder mehr Staaten unausgeglichen sind, wird der Stärkere seine Überlegenheit nutzen, um sich gegenüber Schwächeren durchzusetzen – und das schließt den Einsatz militärischer Instrumente ein. Nur wenn eine bewaffnete Konfrontation für alle Konfliktparteien mit großen Risiken verbunden ist, werden sie sich zurückhalten. Dies ist genau dann der Fall, wenn sich zwischen ihnen ein (halbwegs) ausgeglichenes Machtverhältnis eingependelt hat, in dem Ansprüche durch Fähigkeiten gedeckt werden.<sup>4</sup>

Dem gegenüber argumentierten VertreterInnen von *Power-Preponderance-Modellen* und *Power-Transition-Modellen* wie A.F.K. Organski (1980) oder Jacek Kugler und Douglas Lemke (2000), dass stabile Machtungleichgewichte den Einsatz militärischer Gewalt überflüssig machen, da die schwächere Partei aus wohlverstandem Eigeninteresse immer hinreichend kompromissbereit sei. Demnach greifen überlegene Staaten erst dann zu den Waffen, wenn sie fürchten, dass militärische Zurückhaltung in der Gegenwart dauerhafte Nachteile in der Zukunft zur Folge hat. Das ist der Fall, wenn ihr Platz in der regionalen oder internationalen Hierarchie bedroht wird. Diese Sorge wird nach Maßgabe der beiden Modelle beson-

---

Violence« und das Stanford Projekt »Ethnicity, Insurgence, and Civil War«. Schließlich erscheinen in den einschlägigen IB-Fachzeitschriften kontinuierlich Arbeiten zu innerstaatlichen Kriegen (Überblicke bei Brown 1997; David 1997; Fearon/Laitin 2000; Kalyvas 2001 und Sambanis 2002).

4 Ein ausgeglichenes Machtverhältnis bedeutet freilich nicht gleich viele und identische Waffensysteme auf beiden Seiten. Vielmehr geht es um die optimale Deckung internationaler Ansprüche durch Machtressourcen und Einsatzwillen. So kann beispielsweise das Machtverhältnis zwischen einer Groß- und einer Mittelmacht durchaus ausgeglichen sein, wenn beide Staaten weit voneinander entfernt liegen und die Aufwendungen der Machtprojektion für die Großmacht so hoch sind, dass sie nicht in der Lage ist, die militärischen Fähigkeiten der Mittelmacht zu vertretbaren Kosten zu überwinden.

ders akut, wenn sich die Kräfteverhältnisse zwischen Staaten einem Gleichgewicht annähern. Jetzt sieht nicht nur der führende Staat seine Durchsetzungsfähigkeit gefährlich schwinden, sondern der ehemals schwächere Staat beginnt, eine gewalttätige Interessenverfolgung für aussichtsreich zu halten. Daraus wird der Schluss gezogen, dass Machtgleichgewichte und alle Versuche von Staaten, solche herzustellen, mit einem erhöhten Gewaltisiko einhergehen.

Herrschende Meinung in der quantitativen Kriegsursachenforschung ist mittlerweile, dass sich *Power-Preponderance*- und *Power-Transition*-Modelle im Gegensatz zu *Balance-of-Power*-Modellen bewähren konnten (Geller 2000: 425f; Geller/Singer 1998: 68-76; Russett/Oneal 2001: 109, 191). Für Dyaden steigen sowohl das Kriegsrisiko als auch die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte unterhalb der Kriegsschwelle mit *abnehmender* Machtdifferenz.<sup>5</sup> Das heißt natürlich nicht, dass starke Staaten gegenüber schwachen Staaten keine militärische Gewalt anwenden. Es gibt genügend Beispiele aggressiven Verhaltens westlicher Großmächte gegenüber Staaten der »Dritten Welt«. Gleichwohl legen die Befunde nahe, dass stabile Machtasymmetrien in einem deutlich geringeren Ausmaß mit internationaler Gewalt einhergehen als Machtgleichgewichte oder Prozesse der Verringerung bestehender Machtungleichgewichte. Daraus ergibt sich für die weitere Forschung nicht nur die technische Frage, wie zwischenstaatliche Machtbeziehungen so gestaltet werden können, dass das Gewaltisiko möglichst gering ist, sondern auch welchen Preis jede Minimierung der Kriegswahrscheinlichkeit durch stabile Machthierarchien fordern darf. Es geht mit anderen Worten um die alte Frage der normativen Theorie zum richtigen Verhältnis von Ordnung und Gerechtigkeit.

## 2.2. Das hohe Gewaltisiko in strategischen Rivalitäten

Mehrere Studien zeigen, dass Kriege im internationalen System nicht nur verhältnismäßig seltene Phänomene sind, sondern dass ihr Vorkommen in hohem Maße auf eine überschaubare Zahl von Dyaden konzentriert bleibt (vgl. Geller/Singer 1998: 23, 150-154; Geller 2000: 428; Grieco 2001; Waymann 2000: 227; Thompson 2001). Deshalb kann die Gewaltanfälligkeit einzelner Staatenpaare auch als eine Funktion ihrer früheren Kriege begriffen werden. In diesem Sinne stellt beispielsweise Bremer fest:

»Those who fight one another [...] tend to have a history of fighting one another. [...] Hence, a fight breaking out between states A and B appears to significantly increase the likelihood that they will fight again in the future« (Bremer 2000: 25).<sup>6</sup>

Darüber hinaus ist erkennbar, dass einzelne Konflikte zwischen Staaten in der Regel nicht unmittelbar zu Kriegen eskalieren. Vielmehr geht Letzteren normaler-

---

5 Dieser Befund ist unempfindlich gegenüber der Verwendung unterschiedlicher Machtdizes (vgl. Geller/Singer 1998: 76). Besonders deutlich ist die Beziehung allerdings, wenn ausschließlich die Verfügungsgewalt über militärische Ressourcen analysiert wird.

6 Vgl. auch Goertz/Diehl (2000: 201) und Vasquez (2000c: 400).

weise eine Reihe von Krisen unterhalb der Schwelle offener Gewaltanwendung voraus (vgl. Goertz/Diehl 2000: 201; Leng 2000: 235). Außerdem münden vor Kriegen in der Regel mehrere politikfeldspezifische Auseinandersetzungen in eine einzige große Konfrontation »Us versus Them« (Bercovitch/Jackson 1997: 14; Holsti 1991: 307; Pfetsch/Rohloff 2000: 129). Für Vasquez (2000c: 378) ist deshalb die Wiederholung von Krisen in einer wachsenden Zahl von Politikfeldern die eigentlich kriegstreibende Kraft in der internationalen Politik. Durch sie wird überhaupt erst das Maß an Feindseligkeit erzeugt, das notwendig ist, damit Regierungen ihre Truppen gegeneinander marschieren lassen.

Aus diesen Beobachtungen folgern VertreterInnen der quantitativen Forschung zweierlei: Zum einen wird sichtbar, dass bewaffnete Konflikte vor allem innerhalb ein und derselben Dyade nicht unabhängig voneinander analysiert werden können, wie es lange Zeit üblich war (Goertz/Diehl 2000; Pfetsch/Rohloff 2000). Deshalb macht es Sinn, »anhaltende Rivalitäten« (Goertz/Diehl 2000), »verschleppte Konflikte« (Brecher/Wilkenfeld 2000: 156-170), »wiederholte militärische Herausforderung« (Grieco 2001) oder auch »strategische Rivalitäten« (Thompson 2001) zu identifizieren, in denen das Gewaltisiko erfahrungsgemäß hoch ist. Anhaltende Rivalitäten lassen sich dann als eigenständige Analysekontexte für hochriskante Konfliktinteraktionen untersuchen. Abhängig davon, wie diese gefährlichen Dyaden genau definiert werden, kommen verschiedene Studien zwar zu unterschiedlichen Angaben über deren Häufigkeit und Verteilung im internationalen System.<sup>7</sup> Gleichwohl ist der Grad der Übereinstimmung in Kernfällen hoch. Außerdem bleibt die Zahl der identifizierten Dyaden in allen Studien überschaubar und macht damit neben dem gängigen Gebrauch statistischer Verfahren auch den Einsatz zeitintensiver qualitativer Analysetechniken möglich und sinnvoll (Vasquez 2000a: 348).

Zum Zweiten nimmt die Zahl der WissenschaftlerInnen zu, die Kriege als Endpunkte komplexer und geschichtlich präfigurierter Interaktionen begreifen. In ihren Verläufen wählen die Akteure zunehmend feindselige Selbsthilfestrategien,<sup>8</sup> durch deren Einsatz ihre Beziehungen von Krise zu Krise bis zu dem Punkt verändert werden, an dem die Entscheidung für eine kriegerische Auseinandersetzung von den verantwortlichen Eliten als das kleinere Übel wahrgenommen wird (vgl. Bremer 1993: 9, 2000: 34; Gochman 1993: 51; Leng 2000: 235; Vasquez 2000c: 374). Aus diesem Verständnis folgt, dass Präferenzen und Perzeptionen der Akteure nicht stabil sind und deshalb nicht in einfachen Spielmodellen abgebildet werden können. Vielmehr müssen einzelne Situationen immer wieder neu modelliert werden (vgl. Goertz/Diehl 2000: 210). Auch hier liegt eine Synthese quantitativer und qualitativer Studien nahe.

Strategische Rivalitäten markieren einen besonders gefährlichen Ausgangspunkt gewaltträchtiger Konfliktinteraktionen. Das wechselseitige Misstrauen ist bereits groß, und bei allen Betroffenen gibt es akute Bedrohungswahrnehmungen. Die

---

7 Einen guten Überblick bietet Thompson (2001: 568-582).

8 Solche Strategien sind darauf angelegt, die Gegenpartei durch die Androhung oder Zufügung von Schaden zum Einlenken zu zwingen.

Akteure richten ihr Konfliktverhalten von Anfang an auf relative Gewinne aus. Entsprechend groß ist das Gewaltvorkommen im Vergleich zu »normalen« Dyaden. Damit gilt zum einen die realistische These von der Gleichverteilung bewaffneter Konflikte im internationalen System als gründlich widerlegt: »Contrary to what realism had indicated, warfare is not evenly distributed« (Wayman 2000: 227). Zum anderen öffnet die Konzeptualisierung von Kriegen als Endstufe komplexer Eskalationsprozesse, die in anhaltenden Rivalitäten mit höherer Wahrscheinlichkeit zu erwarten sind als anderswo, den Blick für die Bedeutung sozialer Konstruktionen in den internationalen Beziehungen. Hier treffen also quantitative Kriegsursachenforschung und konstruktivistische Analysen von Sicherheitspolitik aufeinander (vgl. Adler/Barnett 1998; Müller 2002a: 379-382; Risse 2002). Denn in beiden Forschungsfeldern erscheinen Staaten als Akteure, die sich ihre Welt durch Interaktion selbst schaffen. Strategische Rivalitäten werden zum Spiegelbild von Sicherheitsgemeinschaften, und genauso wie sich Erstere über die feindliche Praxis der Akteure reproduzieren, so reproduzieren sich Letztere durch die kooperative Praxis »befreundeter« Staaten. Die berühmte Formulierung von Wendt (1992), Anarchie sei das, was Staaten aus ihr machten, findet deshalb in den Studien zu anhaltenden Rivalitäten eine eindrucksvolle Bestätigung.

### 2.3. *Die zivilisierenden Wirkungen internationaler Organisationen*

Die Frage nach möglichen Friedensleistungen internationaler Organisationen und Regime ist in der Disziplin seit Jahrzehnten zwischen Realisten und InstitutionalistInnen strittig (vgl. Hasenclever 2002: 79-83). Was Realisten bislang allenfalls gelten ließen, war die kriegsverhindernde Wirkung von Allianzen, die der Gegenmachtbildung und damit der Abschreckung aggressiven Verhaltens dienen. Wie allerdings Vasquez (2000c: 393-399) beobachtet, ist der quantitative Befund in dieser Hinsicht sehr dünn geworden. Eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein: Allianzen erhöhen bei ausgeschlossenen Staaten die Bedrohungsperzeptionen, lösen Gegenmachtbildung aus und treiben die Akteure auf der Eskalationsspirale in Richtung Krieg. Sollte dies stimmen, bleibt Realisten nur noch die Totalopposition: Institutionen sind für Krieg und Frieden in der internationalen Politik irrelevant. Genau eine solche Position bringt beispielsweise Mearsheimer auf den Punkt, wenn er schreibt: »My central conclusion is that institutions have minimal influence on state behavior and thus hold little promise for promoting stability in the Post-Cold-War world« (Mearsheimer 1994/95: 7).

Demgegenüber gibt es in den IB eine lange Forschungstradition, deren VertreterInnen den Aufbau internationaler Organisationen und Regime nachdrücklich als Friedensstrategie empfehlen (vgl. u.a. Czempiel 1986; Haftendorn et al. 1999; Ritterberger 1994: 154-180; Vasquez 1993: 269-281). Sie sind überzeugt, dass vor allem das Sicherheitsdilemma in der Staatenwelt durch gemeinsame Institutionen verringert werden kann. Außerdem geht aus ihrer Perspektive die Verdichtung kooperativer Beziehungen zwischen Staaten durch gemeinsame Vertragswerke mit einer signifikanten Erhöhung von Gewaltkosten einher. Militäraktionen drohen ceteris

paribus nützliche und zuverlässige Geschäftsbeziehungen zu zerstören. Schließlich wird argumentiert, dass mit jeder gelungenen Verregelung einzelner Konfliktfelder die Zahl möglicher Streitpunkte im internationalen System abnimmt und damit auch das Kriegsrisiko nach und nach sinkt (vgl. Efinger et al. 1990; Müller 1994; Rittberger 1993).

Das Problem der InstitutionalistInnen war bislang der empirische *record*. So schreiben beispielsweise Geller und Singer: »The data-based findings on the efficacy of peaceful international norms and the establishment of IGOs as means of reducing system-level violence are not encouraging« (Geller/Singer 1998: 136). Das Gewaltniveau im internationalen System schien nicht signifikant mit der Zahl internationaler Organisationen zu kovariieren. Dieser Eindruck geringer Friedensrelevanz zwischenstaatlicher Institutionen wurde jüngst durch Arbeiten von Bruce Russett und seinen Kollegen (Russett et al 1998; Russett/Oneal 2001) korrigiert. Ihnen gelang erstmals ein methodisch gesicherter Nachweis, dass zwischen der Gewaltanfälligkeit von Dyaden und der gemeinsamen Mitgliedschaft in internationalen Organisationen eine statistisch signifikante Beziehung besteht. Oder anders formuliert: Die Wahrscheinlichkeit, dass es in einer Dyade zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt, sinkt mit wachsender Dichte ihrer Verregelung. Die Autoren machen selbst darauf aufmerksam, dass ihr Befund zunächst nur die Beschreibung einer Regelmäßigkeit ist und noch einer kohärenten Erklärung harret. Aber hieran wird zur Zeit in der Forschung gearbeitet (vgl. Hasenclever 2002).

#### 2.4. Die Verringerung des Kriegsrisikos durch Handel und Kapitalverflechtungen

Auch in der Einschätzung der konfliktrelevanten Folgen von Handels- und Kapitalverflechtungen beginnt sich ein Konsens herauszubilden (Henderson 2002: 43-45; Hegre 2000: 17; Mansfield/Pollins 2001: 837; McMillan 1997: 34; Russett/Oneal 2001: 132). Immer mehr WissenschaftlerInnen schließen sich der Meinung an, dass das Ausmaß wirtschaftlicher Interdependenz in einer Dyade negativ mit der Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte korreliert. Je mehr Handel zwei Staaten miteinander treiben, desto geringer ist das Gewaltisiko (Oneal et al 1996: 23; Russett/Oneal 2001: 145-148), und je stärker die Kapitalverflechtungen sind, desto seltener treten militarisierte Konflikte auf (Gartzke et al. 2001: 415). Diese beiden Beziehungen bleiben robust, auch wenn die Machtverteilung im internationalen System und die Allianzzugehörigkeit von Staaten kontrolliert werden.<sup>9</sup>

---

9 Eine Minderheitenposition wird von Barbieri (1996) vertreten. Sie kommt zu dem Schluss, dass intensiver Handel das Gewaltisiko zwischen zwei Staaten nicht senkt, sondern erhöht. Allerdings wurden sowohl gegen ihr Forschungsdesign als auch ihre statistischen Daten nachhaltige Einwände formuliert (Gartzke et al. 2001: 395; Oneal/Russett 1999: 424-427; Russett/Oneal 2001: 134).

## 2.5. Die hohe Gewaltanfälligkeit territorialer Konflikte

Nicht alle Konfliktgegenstände in der internationalen Politik sind gleichermaßen gewaltanfällig. So eskalieren beispielsweise Wirtschaftskonflikte nur in den seltensten Fällen zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Ganz anderes sieht es mit Territorialkonflikten aus. Herrschende Meinung ist hier, dass Streitigkeiten zwischen Staaten um Gebiete und Grenzen ein ungewöhnlich hohes Kriegsrisiko bergen.<sup>10</sup> So stellt beispielsweise Vasquez mit Blick auf die MID-Daten des »Correlates of War«-Projekts fest:

»The base of overall probability of war in this sample is 0,058. Territorial disputes are the only ones that have a significantly higher probability of going to war (0,091) than the overall probability of war, with 53 wars occurring where only 33,8 are expected by chance« (Vasquez 2000c: 386).

Die Einsicht in die besondere Gewaltanfälligkeit territorialer Konflikte ist als solche sicherlich noch nicht besonders aufregend. Zum einen hat Schlichte nicht Unrecht, wenn er meint, dass »[...] die Geschichtswissenschaft über diesen Kenntnisstand schon lange hinaus ist« (Schlichte 2002: 119).<sup>11</sup> Bedauerlicherweise ist dies in der Kriegsursachenforschung noch nicht überall angekommen (vgl. Singer/Geller 1998: 195). Zum anderen bleibt der Befund erhalten, dass die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen selbst bei territorialen Konflikten sehr gering ist. Auch wenn es um Gebietsansprüche und strittige Grenzen geht, tragen Staaten ihre Differenzen in den meisten Fällen ohne Rückgriff auf Waffengewalt aus. Und genau an dieser Stelle setzt das »Steps-To-War-Modell« von Vasquez (1993, 2000a, 2000c) an. Hierbei geht es im Wesentlichen darum, etablierte Befunde der quantitativen Kriegsursachenforschung so zu kombinieren, dass auf der Grundlage von Wahrscheinlichkeitsaussagen und Plausibilitätsargumenten hochriskante von weniger riskanten Kontexten internationaler Politik unterschieden und analysiert werden können.

In einem ersten Schritt greift Vasquez auf den oben referierten Befund zurück, dass Kriege dann wahrscheinlicher werden, wenn Staaten nicht nur über einen spezifischen Konfliktgegenstand, nämlich Territorien, streiten, sondern darüber hinaus in der Konfliktarena über vergleichbare Machtpotenziale verfügen. Vasquez (1993: 292) geht es mit anderen Worten um »wars between relative equals«. Dabei potenzieren Machtbalance und Territorialität das Kriegsrisiko (Vasquez 1996). In einem

---

10 Vgl. Bercovitch/Jackson (1997); Diehl (1999); Hensel (2000, 2001); Huth (2000); McLaughlin/Prins (1999); Vasquez (1993, 1996, 2000c). Hieraus lässt sich auch verstehen, warum Nachbarstaaten im internationalen System besonders oft in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt sind (vgl. Vasquez 2000c: 391f). So unterstützen eine Reihe von statistischen Untersuchungen die Vermutung, dass »[...] territorial disputes are always more war prone regardless of contiguity« (Vasquez 2000c: 392).

11 Unrecht hat Schlichte (2002: 119) allerdings, wenn er die abhängige Variable bei Vasquez mit »zwischenstaatliche Kriege der Neuzeit« angibt. Diese werden von Vasquez (1993: 7f) nicht in ihrer Gesamtheit untersucht. Vielmehr konzentriert er seine Analyse auf Kriege nach 1495 zwischen etwa gleichmächtigen Staaten – »war among equals« –, was etwas wesentlich anderes ist. Außerdem erwähnt Schlichte in seiner Besprechung die eigentliche Innovation von Vasquez, sein prozessorientiertes »Steps-to-War-Modell«, mit keinem Wort.



zweiten Schritt argumentiert er, dass sich das Kriegsrisiko weiter erhöht, wenn derart gleichmächtige Staaten bei der Bearbeitung von Territorialkonflikten auf unilaterale Strategien der Selbsthilfe zurückgreifen. Solche Strategien, die von Vasquez auch als »power politics« bezeichnet werden, sind darauf angelegt, den Gegner durch Erhöhung des politischen, ökonomischen und schließlich auch militärischen Drucks zum Nachgeben zu bewegen. Besonders zwei Formen der »power politics« sind hoch riskant: Allianzbildung und Aufrüstung.

So kann nach Vasquez (2000a: 340-344, 2000c: 393-399) entgegen der realistischen Hoffnung für das zwanzigste Jahrhundert gesagt werden, dass Allianzen – vor allem wenn Großmächte beteiligt sind – ungewöhnlich oft Kriege nach sich ziehen. Und auch für Prozesse des Wettrüstens kommt er zumindest für Dyaden ohne Atomwaffen zu dem Schluss:

»There seems to be at least a statistically significant relationship between the presence of arms races and the escalation of militarized disputes to war. Furthermore, it is clear from the empirical evidence that only a few crises escalate to war in the absence of arms races« (Vasquez 2000c: 377).

Im dritten Schritt argumentiert Vasquez (1993: 157), dass durch den Einsatz unilateraler Selbsthilfestrategien Sicherheitsorgen und Verlustängste bei den betroffenen Akteuren virulent werden. Auf beiden Seiten wächst der Einfluss von Hardlinern. Kooperative Lösungen einzelner Streitigkeiten werden systematisch erschwert, und die Sorgen um relative Verluste nehmen zu. Im Ergebnis steigen die Spannungen und setzen eine fatale Eskalationsspirale in Gang (Vasquez 2000c: 375-379). Weil die kooperative Bearbeitung von Konflikten schwieriger wird, erhöht sich die Zahl der Auseinandersetzungen, in denen sich die Konfliktparteien feindselig begegnen. Kleinere Krisen wiederholen sich in immer häufigerer Folge und über immer mehr Politikfelder. Nach und nach beginnen die Konfliktparteien, sich wechselseitig als Rivalen wahrzunehmen, und entsprechend dramatisch wächst das Kriegsrisiko. Die Wahrscheinlichkeit ist nun groß, dass eine oder beide Seiten ihren Truppen den Marschbefehl geben. Der Einsatz der klassischen Strategien der Realpolitik – Allianzbildung und Aufrüstung – führt damit im Ergebnis nicht zu mehr, sondern zu weniger Sicherheit im internationalen System (Vasquez 2000c: 372-374).

Vasquez (2000c: 374f) ist nicht dogmatisch, was die Reihenfolge der einzelnen Schritte in seinem »Steps-to-War-Modell« anbelangt. Das ist auch nicht möglich, solange er nicht über eine zuverlässige Theorie verfügt, welche die einzelnen Elemente seines Modells sinnvoll miteinander verbindet. Was er allerdings zeigen kann, ist eine deutliche Zunahme des Kriegsrisikos in Dyaden, in denen Territorialkonflikte zwischen etwa gleichmächtigen Staaten unter Rückgriff auf unilaterale Selbsthilfestrategien ausgetragen werden. Außerdem kann er plausibel zeigen, dass der Weg in den Krieg in der Regel ein langer Prozess ist, in dem die Akteure durch ihre Handlungsentscheidungen maßgeblich an der Konstruktion eines feindseligen Gegenübers in einem immer umfassenderen Konflikt beteiligt sind, so dass sie sich schließlich vor die Wahl gestellt sehen, entweder auf ganzer Linie nachzugeben oder einen Krieg zu riskieren. Das spannende an Vasquez Modell ist also, dass Staaten hier Schritt für Schritt das Umfeld schaffen, in dem sie irgendwann gar nicht

anders können, als zu den Waffen zu greifen. Genau dies bezeichnet er als »realpolitik road to war«, und genau diesen quantitativ bewährten Prozess gilt es in Zukunft, theoretisch präzise und konkurrierend abzubilden.

### 3. *Neue Perspektiven für die Kriegsursachenforschung: Die Renaissance liberaler Ansätze*

Schon als Klaus-Jürgen Gantzel Mitte der Neunzigerjahre schrieb, dass »[...] die weit überwiegende Mehrheit aller vergleichenden Kriegsursachenstudien [...] auf der Systemebene angesiedelt« sei (Gantzel 1997: 260), gab es gute Gründe, anderer Meinung zu sein. Czempiel (1986), Doyle (1986), Rittberger (1987), Russett (1993) und Snyder (1991), um nur einige wenige Autoren zu nennen, suchen seit geraumer Zeit in der Innenpolitik von Staaten nach Gründen für ihr mehr oder weniger gewalttätiges Außenverhalten.<sup>12</sup> Mittlerweile lässt sich feststellen, dass liberale Ansätze in der zwischen- wie innerstaatlichen KUF sehr stark geworden sind, wenn sie nicht schon ihr neues Gravitationszentrum bilden.<sup>13</sup> Inter- wie transnationale Strukturen werden von immer mehr WissenschaftlerInnen als zu unspezifisch wahrgenommen, als dass sie das unterschiedliche Konfliktverhalten in und zwischen Staaten plausibel erfassen könnten. Außerdem haben Ansätze, die von dynamischen Strukturphänomenen wie der Globalisierung ausgehen, das Problem, die Abnahme der Kriegshäufigkeit seit 1993 plausibel abzubilden (Wallenstein/Sollenberg 2001).<sup>14</sup>

Im Folgenden möchte ich die These von der Perspektivenverschiebung in der quantitativen KUF sowohl für zwischenstaatliche Kriege (3.1) als auch für innerstaatliche Kriege (3.2) holzstichartig dokumentieren. Denn nach meiner Überzeugung finden entlang dieser Unterscheidung von systemischen und liberalen

---

12 Hagan (1994) bietet einen guten Überblick zum Forschungsstand Mitte der Neunzigerjahre.

13 Dass Schlichte (2002) diesen Trend nicht zur Kenntnis nimmt, ist schon deswegen erstaunlich, weil es in den von ihm besprochenen Büchern genügend einschlägige Hinweise gibt. Vasquez beispielsweise beklagte zwar noch Anfang der Neunzigerjahre das geringe Interesse der Forschung an innenpolitischen Bedingungen außenpolitischer Gewaltanwendung. Aber hier wolle er Abhilfe schaffen: »In this chapter, I hope to show the importance of domestic politics in making decisions about war« (Vasquez 1993: 198). Für Holsti ist Mitte der Neunzigerjahre vollkommen klar, dass die Innenpolitik für die Erklärung von Kriegen eine zentrale Rolle spielt: »If such a large proportion of wars have domestic origins, then the place to pursue explanations is not in the character of relations between states, but in the character of states themselves« (Holsti 1996: 25f). Und Rufin bemerkt mit Blick auf die Forschung zu Bürgerkriegen, »[...] daß den externen Kriegsursachen ohne Zweifel eine zu große Bedeutung zugemessen wurde, während die lokalen innerstaatlichen Determinanten sträflich vernachlässigt wurden« (Rufin 1999: 24). Deshalb sei ein »aggiornamento konzeptioneller Art« angesagt, »um [...] die Rolle der lokalen wirtschaftlichen und politischen Akteure in ihrer ganzen Komplexität zu rehabilitieren« (Rufin 1999: 24). Genau dies sollte in dem von ihm und Jean (1999) herausgegebenen Band geschehen.

14 Und gerade weil liberale Studien zu internationalen Kriegen den Fokus auf Dyaden legen, sind für sie systemische Phänomene wie der Rückgang des internationalen Kriegsvorkommens in den vergangenen Jahrzehnten zunächst einmal zweitrangig. Schlichtes (2002: 118) Kritik an der quantitativen KUF läuft hier ins Leere.

Analysen zur Zeit die spannendsten Debatten in der KUF statt. Dabei werde ich mich aus Platzgründen auf Arbeiten konzentrieren, die den Untersuchungsschwerpunkt entweder auf politische, ökonomische oder kulturelle Faktoren legen. In einem ersten Schritt werde ich jeweils den Stand strukturorientierter Theoriebildung skizzieren, um dann auf die liberalen Ansätze einzugehen.

### 3.1. *Zwischenstaatliche Kriege*

#### 3.1.1. *Politik*

Lange Zeit wurde in der quantitativen KUF nach einem signifikanten Zusammenhang zwischen der Machtverteilung und der Kriegswahrscheinlichkeit im internationalen System gesucht. Wie unter anderem Christopher Daase (1999: 80f) beobachtet, blieben diese Bemühungen ohne Durchbruch, und entsprechend ruhig ist es in der Polaritäten-Debatte geworden.<sup>15</sup> Etwas höher gehandelt werden die oben erwähnten *Power-Transition-Modelle*. Sie beruhen letztlich allerdings weniger auf strukturellen Phänomenen wie der Neuformierung von Allianzsystemen als vielmehr auf der ungleichen Entwicklung nationaler Machtpotenziale (vgl. Geller/Singer 1998: 70). Damit reichen *Power-Transition-Modelle* schon weit in die liberale KUF hinein, auch wenn sie auf den ersten Blick ein strukturelles Phänomen, nämlich den Wandel von Machtstrukturen, thematisieren.

Ganz im Gegensatz zum Stillstand in der Analyse internationaler Machtstrukturen boomt die quantitative Forschung zum Zusammenhang nationaler Machtstrukturen und auswärtiger Gewaltpolitik. Eine zentrale Rolle spielen hier die liberalen Arbeiten zum »Demokratischen Frieden«, deren Ergebnisse an dieser Stelle aus Platzgründen nicht referiert werden können.<sup>16</sup> Allerdings möchte ich auf drei jüngere Entwicklungen hinweisen. Erstens erweitert sich das ursprünglich begrenzte Forschungsprojekt zum Phänomen der Abwesenheit interdemokratischer Kriege zu einem umfassenden Forschungsprogramm (Levy 2002: 360f; Russett/Oneal 2001: 59; Thompson/Tucker 1997: 451). Neben der Analyse der auffällig geringen Gewaltanfälligkeit demokratischer Dyaden behandelt es deren hohe Verregelungsdichte und ihr großes Handelsvolumen. Außerdem wird versucht, weitere Phäno-

---

15 Vgl. auch Bremer (2000: 29); Geller (2000: 437); (Vasquez 2000a: 356). Was nach wie vor intensiv diskutiert wird, ist die Rolle nuklearer Waffen bei der Stabilisierung von Großmachtbeziehungen (Geller/Singer 1998: 75; Kugler/Lemke 2000: 147-152). Hier konnte Sample (2000: 185-190) zeigen, dass Rüstungswettläufe zwischen Atommächten weniger riskant sind als solche zwischen konventionell bewaffneten Staaten. Aber im Großen und Ganzen tritt die Forschung selbst in diesem Bereich auf der Stelle. Wie Russett und Oneal (2001: 188-190) darüber hinaus dokumentieren konnten, kämpft auch die Theorie der hegemonialen Stabilität mit erheblichen Anomalien.

16 Vgl. hierzu die einschlägigen Überblicksartikel von Chan (1997), Geis (2001) und Ray (2000). Andere Studien mit subsystemischem Fokus untersuchen den »autokratischen Frieden« (Peceny et al. 2002), die Reife (*maturity*) und den Institutionalisierungsgrad politischer Systeme (Senese 1999: 499f; Milton/O'Neil 2000: 121) oder auch die Bedeutung exportorientierter Eliten in der Innenpolitik eines Landes (Solingen 1998).

mene wie die besondere Allianztreue demokratischer Staaten (Gaubatz 1996), ihre außerordentliche Kooperationsfähigkeit (Leeds/Davis 1999) oder auch ihre vergleichsweise geringe Anfälligkeit für Bürgerkriege (Russett/Oneal 2001: 70) mit liberalen Kausalmechanismen zu erklären. Schließlich gibt es unter dem Stichwort »Antinomien des demokratischen Friedens« (Müller 2002a) erste Überlegungen dazu, wie Demokratien nicht nur gewaltsame Konflikte in der Welt jenseits der demokratischen Zonen schüren können, sondern inwiefern ihre Außenpolitik auf lange Sicht auch darauf angelegt ist, die eigenen demokratischen Strukturen auszuhöheln und damit den demokratischen Frieden zu gefährden.

Zum Zweiten ist eine Renaissance monadischer Ansätze zum »Demokratischen Frieden« zu beobachten (Benoit 1996: 654f; Gleditsch/Hegre 1997: 291-297; Ray 2000: 300-302). Demnach ist die Gewaltbereitschaft von Demokratien nicht nur gegenüber ihresgleichen außerordentlich gering, sondern neuere Studien legen nahe, dass sie auch gegenüber Nicht-Demokratien seltener militärische Mittel einsetzen, als statistisch zu erwarten wäre. Ob sich dieser überraschende Befund halten lässt, wird die zukünftige Forschung zeigen.

Schließlich werden nach einer Phase relativer Ruhe wieder Zweifel an der Robustheit einiger dyadischer Befunde zum demokratischen Frieden laut. Vor allem Henderson (2002) kritisiert mit Nachdruck den »Weak-Link-Measure«, den beispielsweise Oneal und Russett (1997) seit einigen Jahren der Bestimmung des Demokratiegrads von Dyaden zugrunde legen. Sobald andere Definitionen benutzt werden, schwindet nach Henderson (2002) der Zusammenhang zwischen dem Demokratieniveau zweier Staaten und der Gewaltanfälligkeit ihrer Beziehungen. Vielmehr ergeben sich dann statistische Befunde, die eher mit der realistischen Vermutung vereinbar sind, dass der demokratische Frieden ein Produkt des Kalten Kriegs und des Handels zwischen Verbündeten ist. Je nach dem wie nachhaltig die Kritik von Henderson die Forschergemeinschaft beeindrucken kann, wird sich daraus erneut die Frage stellen, wie der unbestrittene Befund interdemokratischer Gewaltarmut erklärt werden kann, und ob nicht doch strukturelle Ansätze, die vom Phänomen des Kalten Kriegs ausgehen, eine plausible Interpretation des Befunds liefern können.

### 3.1.2. Wirtschaft

Seit dem Niedergang der Imperialismustheorien in den Sechzigerjahren ist es auch ruhig geworden um Kriegsursachentheorien, die bei der Struktur des internationalen Wirtschaftssystems ansetzen (vgl. Hasenclever 2001: 103f). In jüngeren Überblicksartikeln zum Stand der KUF von Robert Jervis (2002) und Jack S. Levy (2002) werden sie nicht einmal mehr als ernst zu nehmende Kandidaten für die Erklärung zwischenstaatlicher Kriege genannt. Das mag damit zusammenhängen, dass deren Zahl trotz Globalisierung und Modernisierung seit Jahrzehnten rückläufig ist. Einzige die oben erwähnten Studien zu Interdependenz und internationaler Gewalt konnten sich bislang unter jenen Ansätzen behaupten, die einen Zusammenhang zwischen

ökonomischen Strukturphänomenen und der Kriegswahrscheinlichkeit im internationalen System thematisieren. Allerdings ist auch hier zu beobachten, dass die Zahl der Autoren zunimmt, die wechselseitige Interdependenzverwundbarkeit mit nationalen Strukturphänomenen auf ökonomischer oder politischer Ebene in Zusammenhang bringen.

So folgt beispielsweise Jens Siegelberg (1994) der Schumpeterischen Vermutung, dass entwickelte kapitalistische Staaten kein politisches Interesse an militärischen Feldzügen haben.<sup>17</sup> Da sie gleichzeitig stark genug sind, um bewaffnete Angriffe anderer abzuschrecken, sind sie vergleichsweise selten in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt. Je stärker sich deshalb das kapitalistische Gesellschaftsmodell in der Welt durchsetzt, um so seltener werden Kriege. Diese Vermutung hat sich in einer Reihe statistischer Studien bewährt (vgl. auch Hegre 2000: 7-9). In diesem Sinne beobachtet beispielsweise Geller: »The absence of joint advanced economic systems increases the probability of war within a dyad« (Geller 2000: 420). Andere liberale Studien sehen darüber hinaus einen direkten Zusammenhang zwischen dem Grad der Interdependenz in einer Dyade und der politischen Verfasstheit ihrer Mitglieder (vgl. Mansfield et al. 2000: 305; Oneal/Russett 2002: 145-155, 227). Hier bewährt sich die Erwartung, dass Demokratien untereinander besonders intensiv ökonomisch vernetzt sind, und diese Vernetzung wird unter anderem auf die außergewöhnliche Offenheit ihres politischen Systems zurückgeführt.

Bislang noch nicht hinreichend geklärt werden konnte allerdings die Frage, ob »Friede durch Interdependenz« negative Wirkungen auf Staaten jenseits des Clubs der reichen Demokratien hat. Oder als These formuliert: Die Reproduktion von Frieden und Wohlstand für die entwickelten Demokratien der Welt kann zur Folge haben, dass in den ausgeschlossenen Regionen Unfrieden und Armut befördert werden (vgl. Hegre 2000: 26).

### 3.1.3. Kultur

Der große Wurf Samuel Huntingtons (1996) zur strukturierenden Kraft internationaler Kulturkonflikte ging gehörig daneben. Bekanntlich identifiziert der amerikanische Politikwissenschaftler acht große Kulturkreise, zwischen denen im 21. Jahrhundert die zentralen Konfliktlinien der Weltpolitik verlaufen sollen. Für besonders gewaltanfällig hält er die Beziehungen zwischen westlich-christlichen Staaten, muslimischen Staaten und Staaten des konfuzianisch-sinitischen Kulturkreises. Mit dem Ende des Kalten Krieges würden wir gerade mit Blick auf diese drei Akteursgruppen gemäß einer *In-Group-Out-Group-Logik* interne Blockbildungs- und externe Abgrenzungsbewegungen beobachten können. Eine Reihe quantitativer

---

17 Mit diesen Überlegungen greift Siegelberg Einsichten der späten Imperialismusforschung auf, die sich zunehmend auf das Phänomen der strukturellen Gewalt zwischen Nord und Süd konzentrierte, eben weil offene militärische Gewaltanwendung des Nordens immer seltener wurde, je weiter sich der Kapitalismus in den Industriegesellschaften entwickelte (Senghaas 1972; Galtung 1972).

Untersuchungen konnte Huntingtons Erwartungen nicht bestätigen (Billing 1992: 193; Fox 2001: 463-465; Henderson/Tucker 2001: 331-335; Russett/Oneal 2001: 239-269). Kriege unter Angehörigen unterschiedlicher Kulturen sind nach wie vor nicht ungewöhnlich häufig. Und auch die Grenzen zwischen islamisch und christlich-westlichen Staaten sind nicht blutiger als andere. Darüber hinaus lässt sich innerhalb aller Kulturkreise ein hohes Maß bewaffneter Auseinandersetzungen unter ihren Angehörigen feststellen. Zudem ist weder ein Trend zu mehr gewaltsamen Konflikten entlang kulturell markierter Bruchlinien noch zu kulturell-homogenen Allianzen feststellbar. Schließlich zeigen Müller (1999: 74-92) sowie Russett und Oneal (2001: 253-255), dass bewaffnete Konflikte in der internationalen Politik hinreichend mit den traditionellen Kategorien von Macht- und Interessenpolitik erklärbar sind und wenig mit kulturellen Differenzen entlang den von Huntington eingeführten Unterscheidungen zu tun haben.

Auch wenn Huntingtons Erwartungen zur strukturbildenden Kraft staatenübergreifender Kulturkreise in ihrer gegenwärtigen Form scheitern, warnen Autoren davor, die Rolle religiöser Überzeugungen und ethnischer Zugehörigkeit für die Gewaltanfälligkeit internationaler Beziehungen pauschal zu verwerfen (Bremer 2000: 27f; Vasquez 2000a: 352). Sobald nämlich religiöse und ethnische Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Staaten auch innerhalb ein und desselben Kulturkreises berücksichtigt werden – wie beispielsweise zwischen Sunniten und Schiiten im Islam oder Protestanten und Katholiken im Christentum –, werden statistisch signifikante Zusammenhänge sichtbar, die freilich nicht unmittelbar und ungeprüft in kausale Abhängigkeitsverhältnisse zu übersetzen sind. So kommt Billing (1992: 195-197) zu dem Ergebnis, dass Konflikte mit größerer Wahrscheinlichkeit eskalieren, wenn die Konfliktparteien unterschiedlichen religiösen Glaubensrichtungen angehören. Umgekehrt zeigt eine Studie von Henderson (1996: 663), dass die Beziehungen zwischen Staaten, deren Bevölkerung in ihrer Mehrheit einen gemeinsamen Glauben teilen, deutlich weniger gewaltanfällig sind als der internationale Durchschnitt. Brecher und Wilkenfeld (2000: 115-138) sowie Davis und Moore (1997) stellen schließlich fest, dass internationale Konflikte häufiger zu Kriegen eskalieren, wenn in einem Staat Minderheiten leben, die in ethnischer Verwandtschaft zur herrschenden Gruppe im anderen Staat stehen. Diese statistischen Zusammenhänge spiegeln sich in den Erfahrungen von Wissenschaftlern, die eher qualitativ arbeiten und immer wieder betonen, dass Macht- und Wohlfahrtsinteressen in der Regel nicht hinreichen, um die oftmals entfesselte Gewalt zwischen Akteuren unterschiedlicher religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit zu erklären (vgl. Appleby 2000; Juergensmeyer 1993).

## 3.2. Innerstaatliche Kriege

### 3.2.1. Politik

Spätestens seit Mitte der Neunzigerjahre ist auch in der Forschung zu innerstaatlichen Kriegen eine Perspektivenerweiterung, wenn nicht ein Perspektivenwandel zu beobachten (vgl. Henderson 1999: 281; Holsti 1996: 82; Jean/Rufin 1999: 7; Rufin 1999: 24). War es in der Zeit der Ost-West-Konfrontation gängige Praxis, vor allem Bürgerkriege in der »Dritten Welt« umstandslos als Stellvertreterkriege oder als Folge extern provozierter Modernisierungskrisen zu interpretieren, so wird mittlerweile deutlich stärker auf die inneren Ursachen bewaffneter Konflikte in den betroffenen Ländern geachtet. Besondere Aufmerksamkeit fand in diesem Zusammenhang neben der wirtschaftlichen Entwicklung einer Gesellschaft die Analyse der Gewaltanfälligkeit von Ländern mit unterschiedlichen politischen Systemen.<sup>18</sup>

Hier vertreten Ted Robert Gurr und seine Kollegen (2000: 152-163, 2001: 20) im Rahmen des »Minority at Risk«-Projekts die starke These, dass statistisch gesehen Demokratien ein geringeres Bürgerkriegsrisiko haben als Nicht-Demokratien. Ein ähnlicher Befund wird von Daniel C. Esty und seinen Kollegen aus dem verwandten »State Failure«-Projekt gemeldet: »Regimes above a middling threshold of democracy (five or above on the ten-point Polity III scale) have a low risk of state failure« (Esty et al. 1998: 32).<sup>19</sup> Rummel (1995: 24f) zeigt darüber hinaus, dass die systematische Ermordung großer und unbewaffneter Bevölkerungsgruppen, der so genannte Demozid, vor allem eine Tat totalitärer Staaten ist. Nicht nur die Menge bewaffneter Konflikte scheint mithin in Demokratien und Nicht-Demokratien unterschiedlich zu sein, sondern auch ihre Qualität.<sup>20</sup>

Die These von der besonderen Stabilität demokratischer Regime ist freilich in doppelter Hinsicht umstritten. So meinen Collier und Sambanis (2002: 6f), dass die verblüffend deutlichen Ergebnisse vor allem daher rühren, dass nicht hinreichend zwischen reichen Demokratien der OECD-Welt und armen Demokratien des Südens unterschieden worden sei. Werde dies nachgeholt, dann zeige sich, dass der beobachtete innere Frieden vornehmlich auf die erste Gruppe beschränkt sei und mehr mit ökonomischer Wohlfahrt als mit politischer Ordnung zu tun habe. Dagegen

---

18 Es ist mit anderen Worten eben nicht Stand der Forschung, wie Schlichte behauptet, dass »[...] das Bedingungsgefüge, das über die Chancen und Wahrscheinlichkeiten einer Eskalation oder einer friedlichen Regelung eines Kriegs entscheidet, [...] längst vollständig internationalisiert [ist]« (Schlichte 2002: 126).

19 Der Staatenzusammenbruch wird durch Bürgerkrieg oder bürgerkriegsartige Unruhen operationalisiert.

20 Unterstützt wird diese Vermutung durch die Beobachtung, dass die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen signifikant mit den Ausgaben eines Staates für Armee und Rüstung steigt (Hauge/Ellingsen 1998: 312; Henderson/Singer 2000: 291; Henderson 2002: 115). Hier liegt der Schluss nahe, dass teure Repression durch autokratische Regime allein nur unvollkommen den inneren Frieden garantieren kann. Umgekehrt spiegelt der Befund die alte Einsicht wider, dass Gewalt Gegengewalt erzeugt und offene Unruhen in vielen Fällen allenfalls kurz- oder mittelfristig, aber nur selten langfristig unterdrücken kann (vgl. Gurr 2000: 127).

spricht ein Befund von Ellingsen und Gleditsch (1997), die explizit bewaffnete Konflikte in der »Dritten Welt« untersucht haben. Trotz offenkundig abweichender Fälle wie beispielsweise Kolumbien, Indien oder Sri Lanka kommen sie zu dem Schluss: »Democratic regimes – whether measured by an institution-oriented or a political rights-oriented variable – are far less likely to experience civil war or armed conflict than less democratic political regimes«. Allerdings fügen sie hinzu: »But the most autocratic ones are also less likely to experience civil war« (Ellingsen/Gleditsch 1997: 78).

Die letzte Bemerkung von Ellingsen und Gleditsch führt zu einem zweiten strittigen Punkt in der Analyse der Gewaltneigung unterschiedlicher politischer Systeme: Sind Demokratien nur weniger bürgerkriegsanfällig als Staaten im Übergang zwischen Demokratie und Autokratie oder als Autokratien generell – wie Gurr et al. (2000) und Esty et al. (1998) behaupten? Herrschende Meinung scheint jedenfalls (noch) zu sein, dass es bei stabilen Demokratien und stabilen Autokratien wenn überhaupt, dann nur geringfügige Unterschiede in der Häufigkeit bewaffneter Konflikte gibt (vgl. Auvinen 1997; Hegre et al. 2001; Henderson 2002; Muller/Weede 1990). Worin sie sich freilich unterscheiden, sind die Mechanismen, mit denen sie ihre Bürger und Bürgerinnen davon abhalten, bei politischem Unmut zu den Waffen zu greifen. Während die einen aussichtsreiche Möglichkeiten für zivilen Protest bieten, sorgen die anderen mit polizeistaatlicher Gewalt für Ruhe. Demgegenüber gelten Staaten im Übergang allgemein als deutlich bürgerkriegsgefährdeter: Sie bieten noch nicht die Beteiligungschancen vollentwickelter Demokratien, und sie sind nicht mehr in der Lage, die Organisation von bewaffnetem Widerstand so effektiv zu unterdrücken wie stabile Autokratien.<sup>21</sup>

Fraglich bleibt, wie mit diesem Befund umzugehen ist. Folgen wir Hegre und seinen Kollegen, für die eine konsequente Demokratisierung nach wie vor die effektivste Zivilisierungsstrategie ist, auch wenn das Gewaltisiko zwischenzeitlich deutlich ansteigt: »The most reliable path to stable domestic peace in the long run is to democratize as much as possible« (Hegre et al. 2001: 44)? Oder glauben wir Henderson (2002: 120), für den die ökonomische Entwicklung der Weg zum inneren Frieden ist, und der deshalb auch bereit ist, autokratische Regime zu stabilisieren, da andernfalls Chaos und Bürgerkrieg drohen? Ganz unabhängig davon, dass es auf diese Frage sicherlich keine generelle Antwort gibt, ist die verfügbare Datengrundlage noch zu dünn, um wenigstens Trends identifizieren zu können. Fraglich bleibt zweitens, wie wir die als gewaltsächlich identifizierten Übergangsgesellschaften erklären wollen. Auffällig ist in diesem Zusammenhang jedenfalls die Renaissance von strukturorientierten Ansätzen, die jetzt weniger auf die Erklärung bewaffneter Konflikte unmittelbar zielen, und mehr auf die Destabilisierung politischer Regime durch Globalisierungszwänge oder externe Demokratisierungsanforderungen (vgl. Barkawi/Laffey 1999; Teusch/Kahl 2001).

---

21 Eine weitere Debatte, auf die hier nicht eingegangen werden kann, ist der Zusammenhang zwischen interner Demokratisierung und der Wahrscheinlichkeit, in einen internationalen Krieg verwickelt zu werden (vgl. hierzu Mansfield/Snyder 1995; Thompson/Tucker 1997; Gleditsch/Ward 2000).



### 3.2.2. Wirtschaft

Ähnlich wie in der Entwicklungsforschung ist in der Forschung zu Bürgerkriegen ein Niedergang solcher Ansätze zu beobachten, die Unterentwicklung und Gewaltanfälligkeit in der »Dritten Welt« auf weltökonomische Rahmenbedingungen und deren Trends zurückführen. Dieser Niedergang hat sicherlich mit dem Befund zu tun, dass die Zahl bewaffneter Konflikte jenseits der OECD-Welt zwischen 1993 und 2000 ab-, und nicht zugenommen hat (Gurr/Marshall/Khosla 2000: 7-9; Wallenstein/Sollenberg 2001: 633). Außerdem wird erkennbar, dass die Summe der schweren Auseinandersetzungen – sprich: der Bürgerkriege – von alten Konflikten dominiert wird. So beobachten beispielsweise Wallenstein und Sollenberg: »Of the 24 major armed conflicts active in 2000, at least 17 date their origins to the period before 1989« (Wallenstein/Sollenberg 2001: 633). Gleichzeitig sinkt die Zahl der kleineren bewaffneten Konflikte kontinuierlich. Außerdem gelingt es immer häufiger, sie schon in einem frühen Stadium beizulegen. Diese Trends sprechen gegen die These eines unmittelbaren Zusammenhangs zwischen globalen Wirtschaftstrends wie Globalisierung und Modernisierung auf der einen, und Bürgerkriegen auf der anderen Seite.<sup>22</sup>

In der quantitativen Forschung wächst deshalb das Interesse an möglichen Zusammenhängen zwischen volkswirtschaftlichen Indikatoren und Bürgerkriegen. Dabei geht es zunächst nur darum, die ökonomischen Rahmenbedingungen zu identifizieren, die als *correlates of internal war* fungieren können. Hierzu wurde im Februar 1999 unter der Leitung von Paul Collier ein umfangreiches Projekt an der Weltbank, »The Economics of Civil War, Crime and Violence«, aufgelegt, das vorliegende Studien systematisch auswertet und eigene Untersuchungen vorlegt.<sup>23</sup> Analysiert wurden bislang vor allem Entwicklungsstand, Ausdifferenzierung und Dynamik von Volkswirtschaften sowie das Armuts- und Ausbildungsniveau in der Bevölkerung.

So kommen Collier und Hoeffler zu dem (wenig überraschenden) Schluss, dass reiche Industrienationen kaum bürgerkriegsanfällig sind: »The higher the initial income per capita, the lower the probability of a civil war breaking out« (Collier/Hoeffler 2002: 15f). Gleichzeitig werden all jene Studien bestätigt, die ein deutlich erhöhtes Gewaltrisiko für Länder feststellen, die als unterentwickelt gelten (Gurr 1994: 359; Hauge/Ellingsen 1998: 314; Henderson/Singer 2000: 289),<sup>24</sup> die einen

---

22 Hier beobachtet auch Snow (1996: 96), dass die meisten Bürgerkriege in Teilen der Welt stattfinden, die vom Weltmarkt mehr oder minder abgeschnitten sind. Zu ähnlichen Schlüssen kommen Gissinger und Gleditsch: »One can hardly argue that armed conflict primarily affects countries that suffer from excessive globalization« (Gissinger/Gleditsch 1999: 347). Und bei Hegre und Gleditsch heißt es mit Blick auf die Gewaltexzesse in Africa: »Our tentative judgement would be that great parts of Africa [...] are victims of too little globalization rather than too much« (Hegre/Gleditsch 2001: 17).

23 Im Internet unter <http://econ.worldbank.org/programs/conflict> zu finden. Wichtige Ergebnisse der Gruppe wurden jüngst in einer Sondernummer der Zeitschrift *Journal of Conflict Resolution* 64 (2002): 1 veröffentlicht.

24 Bemerkenswert bleibt allerdings, dass die allerärmsten Staaten in der Welt wiederum relativ stabil sind (vgl. Gurr et al. 2000: 12; Hegre et al. 2001: 40). Wie dieser Befund zu erklären ist, bleibt umstritten. Manche Autoren meinen, dass es in diesen Ländern weder

geringen Energieverbrauch aufweisen (Hegre et al. 2001: 40), in denen die Kindersterblichkeit hoch ist (Esty et al. 1998: 32) oder deren Volkswirtschaft sich in einer Rezession befindet (Blomberg/Hess 2002: 89). Umgekehrt wird sichtbar, dass hohe wirtschaftliche Wachstumsraten eine zivilisierende Wirkung haben: »More rapid growth reduces the risk of conflict« (Collier/Hoeffler 2002: 16).<sup>25</sup>

Die Befunde weisen auf einen deutlichen Zusammenhang zwischen sozialer Unzufriedenheit und politischem Unfrieden hin. Allerdings muss zur Unzufriedenheit die Gelegenheit treten, bevor in konkreten Konflikten organisierte Massengewalt ausbricht. Solche Gelegenheiten werden dabei von der Forschungsgruppe der Weltbank vor allem aus der Perspektive oppositioneller Eliten bestimmt. Sie müssen über hinreichend Personal und Ressourcen verfügen, um eine militärische Organisation dauerhaft führen zu können. In diesem Zusammenhang ist es zum einen auffällig, dass vor allem die Bereitschaft junger Männer zum Waffendienst für Widerstandsbewegungen mit abnehmenden Berufsaussichten und mangelhafter Schulbildung steigt (Collier/Hoeffler 2001: 16).

Zum anderen wird die Finanzierung von Kampforganisationen zur zentralen Variable. Hier identifizieren Azam (2002), Hoeffler und Collier (2001, 2002) drei mögliche Geldquellen: Externe Unterstützung, interne Plünderungen und die Kontrolle von Rohstoffexporten. Nachdem die externe Unterstützung von Bürgerkriegsparteien mit dem Ende des Kalten Kriegs stark zurückgegangen ist, haben Plünderungen durch vagabundierende Kampfverbände dramatisch zugenommen (vgl. auch Azam 2002: 131f; Kaldor 1999: 96-109; Münkler 2001: 222-225; Rufin 1999: 24-34). Manche sprechen dabei sogar von einem »Formwandel politischer Gewalt« (Schlichte 2002: 114).<sup>26</sup> Tatsächlich haben wir es mit einer Verschiebung in der kriegerischen Aktivität zu tun, die stärker als bisher darauf angewiesen ist, ihre materiellen Grundlagen durch Unterdrückung der Zivilbevölkerung zu sichern. Schließlich fällt Collier und Hoeffler (2002: 16f) auf, dass all diejenigen Länder ein besonders hohes Bürgerkriegsrisiko tragen, deren Wirtschaft von Rohstoffexporten wie beispielsweise von Diamanten oder Kupfer abhängig ist. Dies wird darauf zurückgeführt, dass der Rohstoffsektor im Gegensatz zum Industrie- und Dienstleistungssektor vergleichsweise einfach mit militärischen Mitteln zu kontrollieren und auszubeuten ist (vgl. hierzu auch Frieden 1994).

---

etwas gebe, wofür sich zu kämpfen lohne, noch die Bürger und Bürgerinnen über die Mittel verfügten, um sich gegen staatliche Akteure mit Waffengewalt aufzulehnen (Gurr et al. 2000: 12). Andere interpretieren bewaffnete Konflikte als Klassenkonflikte, die in den unterentwickeltesten Staaten der Welt wegen mangelhafter gesellschaftlicher Ausdifferenzierung nicht virulent werden (vgl. Hegre et al. 2001: 37).

25 Des Weiteren zeigen Untersuchungen, dass die Länder, die überdurchschnittlich stark in den internationalen Handel eingebunden sind, ein vergleichsweise geringes Bürgerkriegsrisiko haben (Esty et al. 1998: 32). Dieser Befund wird von Gissinger und Gleditsch (1999: 352) bestätigt. Allerdings zeitigen Direktinvestitionen offenkundig in statistischen Studien gegenläufige Wirkungen.

26 Kalyvas (2001) setzt sich kritisch mit der These vom »Formwandel des Krieges« auseinander.

Aus den genannten Beobachtungen folgern Collier und Sambanis (2002: 6), dass die Prävention gewaltsamer Konflikte speziell auf Entwicklungsstrategien abheben soll, die Wachstum fördern, die Abhängigkeit von Rohstoffexporten minimieren und die beruflichen Chancen gerade für junge Menschen verbessern. Ob dies nun im Rahmen eines demokratischen oder autokratischen Systems erfolgt, scheint zweitrangig. Was zählt, sind effektive volkswirtschaftliche Leistungen des jeweiligen Regimes angesichts seiner je spezifischen ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Von der internationalen Umwelt erwarten die beiden Weltbankautoren insbesondere Marktöffnung und wachstumsfreundliches Schuldenmanagement verbunden mit effektiven Anreizen für *good governance*.

### 3.2.3. Kultur

Über die geringe Durchsetzungsfähigkeit der Huntington'schen Erwartungen zu Kulturkonflikten in der internationalen Politik wurde bereits gesprochen. Auch mit Blick auf innenpolitische Gewalt ist es Mehrheitsmeinung, dass Bürgerkriege vornehmlich politische und wirtschaftliche Ursachen haben. Zwar stehen sich immer wieder Konfliktparteien mit unterschiedlichem Glauben oder unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit gegenüber. Allerdings werden diese Unterschiede als Oberflächenphänomene begriffen, die auf tieferliegenden Verwerfungen aufrufen:<sup>27</sup> Gewaltbereite Eliten instrumentalisieren religiöse und ethnische Traditionen, um Menschen für ihre politischen und ökonomischen Ziele zu mobilisieren. Aber sie sind nur erfolgreich, wenn Letztere sich existenziell bedroht sehen – unabhängig von Glauben oder ethnischer Identität. Deshalb gehen Bürgerkriegen in der Regel Wirtschafts- oder Ordnungskrisen voraus. Gestützt wird diese These von Collier und Hoeffler (2001: 10), die keinen Zusammenhang zwischen der Bürgerkriegsanfälligkeit einer Gesellschaft und ihrer ethnischen oder religiösen Homogenität bzw. Heterogenität feststellen können. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Henderson und Singer: »The [...] finding suggest that civil wars may emerge within polarized or non-polarized post-colonial states, or in states characterized by a wide range of cultural distributions« (Henderson/Singer 2000: 287). Und Gurr schrieb Mitte der Neunzigerjahre: »Civilizational cleavages serve mainly to structure and reinforce contention that is concerned mainly with issues of group power and status« (Gurr 1994: 364).

Die Mehrheitsmeinung wurde jüngst durch eine kleine Gruppe von Dissidenten herausgefordert. Tanja Ellingsen (2000: 245) beispielsweise erkennt einen Zusammenhang zwischen Multi-Ethnizität einer Gesellschaft und ihrer Gewaltanfälligkeit, wenn mit neueren Daten gearbeitet wird. Interessant ist auch der Vorstoß von Nicholas Sambanis (2001) und Marta Reynal-Querol (2002). Die beiden argumentieren, dass die eskalierenden Effekte ethnischer oder religiöser Heterogenität in

---

27 Vgl. u.a. Elwert (1998: 267); Fearon/Laitin (2000: 846); Keddie (1998: 703, 713); Schlichte (1994); Senghaas (1998: 141-146); Seybolt (2001: 50); Singer (2000: 18f).

dem Augenblick sichtbar werden, in dem ethnische und religiöse von revolutionären Bürgerkriegen unterschieden werden. Diese Unterscheidung stammt aus dem »State Failure«-Projekt (vgl. Esty et al 1998: 28f). Sie beruht auf der Beobachtung von Kriegszielen und dem Selbstverständnis der Kombattanten. Während es in revolutionären Bürgerkriegen hauptsächlich um einen Regimewechsel geht, wird in ethnischen Bürgerkriegen um Sezession oder Autonomie gekämpft. Im ersten Fall vertreten die Aufständischen eher Klassen- oder Schichtinteressen, im zweiten Fall organisieren sie sich entlang gemeinsamer ethnischer oder religiöser Identitäten.

Die genaue Zuordnung der Bürgerkriege seit 1955 wird im Detail noch lange strittig bleiben. Interessant bleibt allerdings, dass die vorliegenden Daten signifikante Zusammenhänge sichtbar machen. Während für die Gruppe der als revolutionär klassifizierten Konflikte ökonomische Variablen im Sinne der Arbeiten der Weltbankgruppe dominieren, zeigt sich für die zweite Konfliktkategorie nicht nur die statistische Relevanz ethnischer und religiöser Variablen. Vielmehr wird auch sichtbar, dass die politische Verfasstheit für die Gewaltanfälligkeit derartiger Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle spielt, da demokratische Staaten von ihnen deutlich weniger betroffen sind als autokratische: »Politics is more important than economics in causing ethnic civil war, and ethnic heterogeneity significantly increases the risk of such war« (Sambanis 2001: 279).<sup>28</sup> Deshalb sollten politische Reformen in Staaten mit hohen ethnisch oder religiös begründeten Konfliktpotenzialen Vorrang haben vor ökonomischen (Reynal-Querol 2002: 49; Sambanis 2001: 280).<sup>29</sup> Damit deutet sich eine Möglichkeit an, über die Unterscheidung von Kriegstypen die Befunde zu politischen und ökonomischen Randbedingungen bewaffneter Auseinandersetzungen zu integrieren. Ob dieser Weg gangbar ist, wird auch davon abhängen, ob sich die genannten Kriegstypen einwandfrei operationalisieren und zuordnen lassen.

#### 4. *Ein konstanter Fixpunkt in der Theoriebildung: Die Rolle kosten- und informationsempfindlicher Eliten in bewaffneten Konflikten*

##### 4.1. *Kritische Stimmen zu rationalen Ansätzen in der Kriegsursachenforschung*

Lange Zeit war es herrschende Meinung in der quantitativen Kriegsursachenforschung, dass militärische Auseinandersetzungen auf individuelle Entscheidungen

---

28 Und an anderer Stelle schreibt Sambanis: »The lack of democracy is a significant predictor of the onset of ethnic civil war« (Sambanis 2001: 260).

29 Eine mögliche Erklärung für diesen Befund wird von Sambanis darin gesehen, dass die Motivation der Akteure in ethnischen und religiösen Auseinandersetzungen deutlich unempfindlicher gegenüber ökonomischen Variablen sei als in revolutionären: »A desire to preserve one's ethnic identity may therefore lead a potential rebel who might otherwise require the promise of loot to fight a war to offer his or her rebel labor for free. This might help explain why we have observed some of the longest or more intense ethnic wars in countries with relatively higher standards of living and development as compared with the average of all countries that have experienced a civil war« (Sambanis 2001: 266f).

und deren Verkettung rückführbar sind (vgl. Geller/Singer 1998: 31). Die individuellen Entscheidungen wiederum galten in einem weiten Sinne als strategisch und in diesem Verständnis auch als rekonstruierbar. Während der Neunzigerjahre wuchsen demgegenüber unter SozialwissenschaftlerInnen die Zweifel, ob sich anhaltende Gewaltkonflikte – speziell in Ländern der »Dritten Welt« – tatsächlich noch sinnvoll in den traditionellen Kategorien individueller Nutzenmaximierung und rationaler Wahl analysieren lassen (vgl. Ellis 1999; Enzensberger 1993; Kaplan 1994). Viele Berichte aus Bürgerkriegsgebieten erzählen von marodierenden Banden und ethnischen Kampfverbänden, die in rasender Zerstörungswut ganze Landstriche in Schutt und Asche legen, wehrlose Männer, Frauen und Kinder zu Tausenden verstümmeln, ermorden oder vertreiben, und die schließlich selbst in den Strudel von Not und Tod geraten, weil sie sich ihrer eigenen Existenzgrundlage beraubt haben. Wie kein anderer bringt Wolfgang Sofsky (1996) im »Traktat über die Gewalt« die Zweifel an den etablierten Erklärungsmodellen auf den Punkt. Für ihn ist angesichts der verfügbaren Evidenz unbestreitbar: »Nicht die Menschen dirigieren die Gewalt, sie werden vom Prozess der Gewalt regiert« (Sofsky 1996: 148). Und an anderer Stelle heißt es: »Es ist die Gewalt selbst, die das Geschehen diktiert« (Sofsky 1996: 178).

Aus dieser Perspektive erscheint die traditionelle Kriegsursachenforschung notwendig als defizitär: Nicht nur, weil sie sich bislang zu stark auf internationale Konflikte konzentriert hat – was so nicht mehr stimmt –, sondern vor allem, weil sie die Bedeutung rationaler Erwägungen für den Ausbruch und den Verlauf bewaffneter Feindseligkeiten überschätzt (Daase 2002: 90; Sofsky 1996: 142). Was wir deshalb brauchen, ist eine Phänomenologie politischer Gewalt, die uns zeigt, wie bewaffnete Konflikte aus sich selbst heraus verständlich werden und ihre Eigendynamik entfalten. Wenn sich also die Form des Krieges in dem Sinne wandelt, dass die Protagonisten die Kontrolle über Eskalationsprozesse verlieren und zu deren Marionetten degenerieren, dann wird in der Tat fraglich, ob die Forschung weiterhin versuchen sollte, »[...] mit Theorien der rationalen Wahl und großem quantitativen Aufwand den Geheimnissen des Krieges auf die Spur zu kommen«, wie Klaus Schlichte (2002: 118) in seinem Literaturbericht kritisch anmerkt.<sup>30</sup>

#### 4.2. *Die anhaltende Robustheit rationaler Ansätze in der Kriegsursachenforschung*

Die Unvollkommenheiten und Grenzen rationaler Erklärungsmodelle werden von den VertreterInnen der traditionellen Kriegsursachenforschung seit langem anerkannt (vgl. Geller/Singer 1998: 32f, 44f). Niemand bestreitet mehr, dass militärische Auseinandersetzungen eine fatale Eigendynamik entwickeln können. Und diese Eigendynamik resultiert nicht nur aus den bekannten Dilemmastrukturen problematischer sozialer Situationen in und zwischen Staaten. Vielmehr wird durchaus gese-

---

30 Allerdings sind die Konturen theoretischer Alternativen bislang noch nicht sichtbar geworden.

hen, dass die strategischen Präferenzen der Protagonisten von ihren Identitäten abhängen und dass Identitäten sowohl historisch präfiguriert sind, als sich auch im Zuge von Eskalationsprozessen verändern können – und zwar auf eine Art und Weise, die Verhandlungslösungen immer aussichtsloser erscheinen lässt und zu wachsenden Feindseligkeiten führt (Vasquez 1993). Gleichwohl wird von den VertreterInnen der traditionellen Kriegsursachenforschung – zumindest bislang – der Ansatz kosten- und informationsempfindlicher Akteure nicht aufgegeben. Und es sprechen eine Reihe guter Gründe dafür, die Bedeutung strategischer Kalküle vor und in bewaffneten Auseinandersetzungen nicht zu unterschätzen. Dies zeigen nicht nur Studien zu internationalen Kriegen, sondern eben auch Arbeiten zu den »neuen Bürgerkriegen« (Kalyvas 2001), die vielerorts als besonders irrational eingeschätzt werden.<sup>31</sup> Die Arbeiten machen zum einen deutlich, dass Eliten und ihre Strategiewahl für den Beginn und den Verlauf bewaffneter Auseinandersetzungen von zentraler Bedeutung sind. Und sie lassen zum anderen erkennen, dass diese Eliten durchaus rational auf externe Anreize reagieren und nach den Maximen instrumenteller Vernunft handeln.

#### 4.2.1. Die Rolle von Eliten in bewaffneten Konflikten

Wie zwischenstaatliche Kriege auch, so beginnen Bürgerkriege in aller Regel weder spontan noch werden sie willkürlich geführt.<sup>32</sup> Vielmehr stehen sie am Ende einer oftmals langen Planungs- und Entscheidungskette, in deren Verlauf sich politische Eliten in die Lage versetzen, anhaltende Kampfhandlungen zur Wahrung ihrer Interessen zu organisieren (Brown 1997: 17-20; Fearon/Laitin 2002: 14; Jean/Rufin 1999: 9). Sie rekrutieren Truppen, stellen deren Versorgung mit Nahrung, Waffen und Transportmitteln sicher und erschließen interne wie externe Finanzquellen für die notwendige Logistik. Im Zuge der Auseinandersetzungen müssen sie die verfügbaren Verbände strategisch dislozieren, gegnerische Bewegungen soweit wie mög-

---

31 Im Folgenden konzentriere ich mich auf die Literatur zu den »neuen Bürgerkriegen«. Allerdings ließe sich auch für die Analyse internationaler Konflikte zeigen, dass rationale Ansätze in letzter Zeit eine Renaissance erleben. So kommen in den Arbeiten zum »Demokratischen Frieden« und verwandten Untersuchungsgegenständen verstärkt theoretische Überlegungen von Bueno de Mesquita und seinen Kollegen (1992, 1999), Fearon (1994, 1995) oder Lake (1992) zum Tragen. Gemeinsam ist diesen Modellen bei allen Unterschieden, dass sie Regierungen als rationale Akteure einführen, die vornehmlich danach streben, ihre Herrschaft zu sichern. Dieses Interesse führt in internationalen Konflikten unter den Bedingungen unterschiedlicher politischer Systeme mit ihren je spezifischen innenpolitischen Öffentlichkeits- und Rechenschaftsstrukturen zu unterschiedlichen Handlungsanreizen. Entsprechend anders verhalten sich gewählte Regierungen, wenn sie in Auseinandersetzungen auf ihresgleichen oder aber auf einen autokratischen Staat treffen. Auch in Studien zum Zusammenhang von Interdependenz und internationaler Gewalt spielen Erklärungsansätze mit rationalistischer Handlungslogik eine prominente Rolle (vgl. Gartzke et al. 2001: 392; Mansfield et al. 2000: 306f).

32 Vgl. u.a. Carnegie Commission (1997: 25-30); David (1997: 562); Fearon/Laitin (2000: 864f); Garfinkel/Skaperdas (2000: 794); Gurr (2000: 50); Hauge/Ellingsen (1998: 303); Sambanis (2002: 224); Smith (2001: 8).

lich antizipieren und die interne Disziplin ihrer Truppen optimieren. Wer hier versagt, wird schnell aufgerieben. Aus all diesen Gründen hält es Elwert (1995; vgl. auch von Trotha 1999a: 73, 1999b: 655) für dringend geboten, die Analyse politischer Gewalt nicht auf den Furor der Kämpfer und dessen Eigendynamik zu beschränken:

»Der eigentliche Akteur der Gewalt ist [...] der vornherein kühl planende Strategie. [...] Wer Gewalt mit begrenzter rationaler Kontrolle und Adrenalinausstoß assoziiert, erkennt den spezifisch sozialen Charakter der menschliche Gesellschaften dominierenden Gewaltform, nämlich der strategischen Gewalt« (Elwert 1995: 87).

Hinter der viel beobachteten Raserei der Kämpfer in den »neuen Bürgerkriegen« steht also normalerweise eine ruhige Gruppe von Verantwortlichen, die sich zweckrational um das Überleben und den langfristigen Erfolg ihrer bewaffneten Bewegung kümmert. Sie kennen die größeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, in die ihre militärischen Unternehmungen eingebunden sind und die eine entscheidende Rolle für deren Refinanzierung spielen. Die Bedeutung rationaler Kalküle kosten- und informationsempfindlicher Eliten vor und in Bürgerkriegen lässt sich in der Literatur an drei Beobachtungen festmachen: (a) Staatsschwäche als Voraussetzung innenpolitischer Gewaltkonflikte, (b) die Brutalisierung innenpolitischer Gewaltkonflikte nach dem Ende des Kalten Kriegs, und (c) die Vermeidung von Entscheidungsschlachten.

#### 4.2.2. *Staatsschwäche als Voraussetzung innenpolitischer Gewaltkonflikte*

Es ist eine in der Literatur gut belegte Regelmäßigkeit, dass dem Ausbruch von Bürgerkriegen die Schwächung der staatlichen Zentralgewalt vorausgeht.<sup>33</sup> Die meisten modernen Bürgerkriege werden von Oppositionsbewegungen mit leichten Waffen geführt. Sie bleiben regulären Truppen so lange tödlich unterlegen, wie diese gut ausgerüstet sind und der Staat seine bewaffnete Macht auch in entlegene Provinzen projizieren kann. Erst wenn eine Regierung in dieser Hinsicht Schwäche zeigt, gewinnen Widerstandsbewegungen an Dynamik. Der Machtverfall einer Regierung kann dabei sowohl ökonomische als auch politische Gründe haben. So wird – wie bereits erwähnt – häufig beobachtet, dass der wirtschaftliche Niedergang eines Landes die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Auseinandersetzungen signifikant erhöht: Sei es, weil geschwächte Regierungen meinen, über kein anderes Mittel zur Sicherung ihrer Herrschaft mehr zu verfügen als die brutale Unterdrückung aller oppositionellen Kräfte mit den verbleibenden militärischen Mitteln (Brown 1997: 19; Keen 1998: 12), sei es, weil die Staatsschwäche aus der Perspektive dieser oppositionellen Bewegungen die Aussichten eines bewaffneten Widerstands erhöht (Fearon/Laitin 2002: 14f; Rufin 1999: 27). Die Stabilität und Instabilität einer Regierung können aber auch außenpolitische Gründe haben. Hier ist der Befund von Fearon und Laitin

---

33 Vgl. u.a. Brown (1997: 5f); David (1997: 560); Fearon/Laitin (2002: 24); Holsti (1996: 99-117); Kaldor (1999: 92); Rufin (1999: 27); Wallenstein/Sollenberg (1998: 625).

(2002: 26) bemerkenswert. Sie stellen fest, dass die ehemaligen französischen Kolonien in Schwarzafrika bis 1990 ungewöhnlich selten von Bürgerkriegen heimgesucht worden sind und die Opferzahlen in diesen Kriegen vergleichsweise gering blieben. Dies änderte sich mit dem Außenpolitikwechsel Frankreichs, das in den Neunzigerjahren seine Politik der nahezu bedingungslosen Unterstützung befreundeter Regierungen in Schwarzafrika aufgab und deutlich seltener zu ihren Gunsten militärisch intervenierte.

#### 4.2.3. Die Brutalisierung innenpolitischer Gewaltkonflikte nach dem Ende des Kalten Krieges

Zahlreiche Autoren beobachten eine Brutalisierung innenpolitischer Gewaltkonflikte nach 1990 (Holsti 1996: 37; Münkler 2001: 222). Diese Brutalisierung erscheint ihnen aber weniger als Anzeichen wachsender Irrationalität und mehr als Ausdruck instrumenteller Vernunft der Verantwortlichen (Kaldor 1999: 100; Keen 1997: 25-35; Rufin 1999: 27-45). Demnach hat das Ende des Kalten Kriegs vor allem in der »Dritten Welt« sowohl für umstrittene Regierungen als auch für nationale Widerstandsbewegungen einschneidende Folgen gehabt. Für etliche von ihnen versiegten wichtige Einnahmequellen, die sie sich durch Parteinahme im Ost-West-Konflikt erschlossen hatten. Mit dem schwindenden Ressourcenzufluss wuchsen die Anreize, Massenloyalität der Bevölkerung und Gefolgschaft der eigenen Anhänger nicht mehr zu erkaufen, sondern zu erzwingen (Fearon/Laitin 2002: 13; Kalyvas 2001: 115f). Brutalität entwickelte sich zur politischen Währung. Sie wurde von Regierungen gezielt eingesetzt, um bewaffneten Widerstand im Keim zu ersticken und mögliche Sympathisanten nachhaltig abzuschrecken. Gleichzeitig wichen bewaffnete Bewegungen stärker als bisher zum Zweck ihrer Refinanzierung auf Erpressung und Unterdrückung der Zivilbevölkerung aus (Azam 2002: 131; Kaldor 1999: 101-107). Für die Führung von Widerstandsbewegungen bedeutete diese Neuorientierung der Ressourcenbeschaffung zunächst einen Kontrollverlust (Rufin 1999: 42). Sie operierten nicht mehr als Schaltstelle zwischen externen Geldgebern und interner Gefolgschaft. Deshalb wächst ihre Abhängigkeit von der Folgebereitschaft ihrer Truppen, die sie aus Gründen der Selbsterhaltung auf vergleichsweise autonome Raubzüge schicken müssen. Entsprechend nimmt die Gewalt zu – sowohl gegenüber der Zivilbevölkerung als auch gegenüber den eigenen Kämpfern, die mit Terror diszipliniert werden.

#### 4.2.4. Vermeidung von Entscheidungsschlachten

Schließlich ist nicht nur festzustellen, dass die Zivilbevölkerung massiv unter den neuen Refinanzierungsstrategien von Bürgerkriegsparteien leidet. Vielmehr scheinen die Angehörigen der Kampfverbände bei aller Härte und brutalen Disziplinierung die Hauptgewinner dieser neuen Strategien zu sein. Ihr Anteil an Todesopfern



in Bürgerkriegen sank im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte auf unter 20%, während der Anteil unbewaffneter Männer, Frauen und Kinder auf über 80% stieg (Azam 2002: 132; Kaldor 1999: 100; Münkler 2001: 222). Dieser Trend ist auch darauf zurückzuführen, dass sich die Aktivitäten der Konfliktparteien aus ihrer Sicht überaus erfolgreich an die neuen weltpolitischen Rahmenbedingungen angepasst haben. Sie vermeiden soweit es geht Entscheidungsschlachten mit ernstzunehmenden Gegnern, wie sie überhaupt versuchen, Verlustrisiken für die eigenen Reihen zu minimieren (Holsti 1996: 20; Keen 1998: 11). Gleichzeitig lässt sich beobachten, dass Bürgerkriegsparteien zur besseren Ausbeutung der Zivilbevölkerung kooperieren, indem sie sich beispielsweise abwechselnd Zugang zu ertragreichen Pfründen gewähren, die Grenzen ihrer Raubgebiete einvernehmlich festlegen, oder aber dem erklärten Gegner Waffen verkaufen (Kaldor 1999: 90-98; Keen 1998: 17-20). In der Folge entstehen veritable »Gewaltmärkte« (Elwert 1995), die von Kriegsherren zynisch ausgebeutet werden.

Diese drei Beobachtungen und ihre Uniformität in Bürgerkriegen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen unterstreichen die Nützlichkeit rationaler Modelle für die Erklärung kriegerischer Gewalt in Staaten. Da es ähnliche Befunde auch für Kriege zwischen Staaten gibt, erscheint die Kritik der traditionellen Kriegsursachenforschung von Daase (2002), Sofsky (1996) und Schlichte (2002) als überzogen. Worauf die drei Autoren allerdings zu Recht aufmerksam machen, ist die Lücke, die nach wie vor zwischen Struktur- und Prozessvariablen in der Analyse organisierter Massenkongflikte klafft. Noch gibt es keine Modelle, die in der Lage wären, Elitenkalküle so zu rekonstruieren, dass auf der einen Seite ihrer kulturellen und historischen Kontextualität Rechnung getragen wird und dass auf der anderen Seite die gefährliche Eigendynamik abgebildet wird, die der Einsatz von Selbsthilfestrategien in politischen Konflikten entwickelt.

## 5. Schlussbemerkungen

Kriege in und zwischen Staaten sind vermeidbar, und angesichts der verfügbaren Evidenz macht es wenig Sinn, sie als *conditio humanae* zu beschreiben. Vielmehr zeigt die quantitative Kriegsursachenforschung, dass es konkrete Rahmenbedingungen gibt, die das Risiko größerer militärischer Auseinandersetzungen zwischen politischen Gemeinschaften nachhaltig reduzieren. So lässt sich für das internationale System beobachten, dass sich zwischen Demokratien, die intensiven wirtschaftlichen Austausch pflegen und deren Beziehungen durch eine Vielzahl internationaler Institutionen verregelt sind, stabile Sicherheitsgemeinschaften herausgebildet haben. Unter ihren Mitgliedern sind Kriege so gut wie undenkbar geworden (Adler/Barnett 1998). Inwiefern solche Sicherheitsgemeinschaften notwendigerweise mit annähernder Wertehomogenität einhergehen, ist noch eine offene Frage. Allerdings sprechen die Erfahrungen in Europa, Nordamerika und Südamerika für diese Vermutung.

Mit Blick auf Bürgerkriege wissen wir, dass militärische Gewaltkonflikte unverhältnismäßig oft in verarmten und politisch schwachen Staaten ausbrechen.

Allerdings wissen wir auch, dass nicht alle verarmten und schwachen Staaten unter Bürgerkriegen leiden. Entscheidend ist vielmehr, dass oppositionelle Eliten Anreiz und Gelegenheit haben, ihre Interessen gegenüber Regierungsvertretern mit militärischen Mitteln zu verfolgen. Anreiz und Gelegenheit werden unter anderem davon bestimmt, dass genügend Truppen für bewaffnete Auseinandersetzungen mobilisiert werden können. Hier spielt die Instrumentalisierung religiöser und ethnischer Traditionen eine zentrale Rolle. Darüber hinaus muss jede Bewegung finanziert werden. Ausschlaggebend ist hier oftmals der Zugriff auf leicht abbaubar und handelbare Rohstoffe und der Zugang zu transnational operierenden kriminellen Netzwerken.

Die verfügbare Evidenz zu Kriegen in und zwischen Staaten macht schließlich deutlich, dass die Rolle kühl planender Eliten in Gewaltkonflikten nicht unterschätzt werden darf: Bewaffnete Bewegungen werden strategisch eingesetzt, und ihre Führung reagiert oftmals in durchaus rationaler Art und Weise auf veränderte Umweltbedingungen. Daraus lassen sich politische und wirtschaftliche Strategien entwickeln, die zumindest die Wahrscheinlichkeit der Kriegsvermeidung und Kriegsbeendigung erhöhen, und zwar indem sie gezielt auf die Interessen gewaltbereiter Eliten und ihrer Verbündeten abgestellt sind. Eine zentrale Rolle werden in diesem Zusammenhang externe Akteure, Staaten, Internationale Organisationen und transnationale Unternehmen, spielen müssen, wenn die Anreize und Gelegenheiten zur militärischen Verfolgung partikularer Interessen nachhaltig minimiert werden sollen.

Selbstverständlich dürfen die Einflussmöglichkeiten externer Akteure nicht überschätzt werden, wie etwa die jahrzehntelange Erfolglosigkeit des britischen Versuchs, Nordirland von außen mit Waffen und Geld zu befrieden, gezeigt hat. Umgekehrt zeigen aber gerade die verspäteten Reaktionen westlicher Staaten auf die bewaffneten Auseinandersetzungen und Massaker in Bosnien-Herzegowina, Somalia, Sierra Leone und Ruanda, dass Handlungsspielräume bestehen, und dass das eigentliche Problem nicht die angebliche Unkontrollierbarkeit von Bürgerkriegen, sondern der mangelhafte Wille politisch und militärisch potenter Staaten ist (Gow 1997; Hasenclever 2001). Dies ist freilich nicht mehr Gegenstand der Kriegsursachenforschung im engeren Sinne.

Schon die referierten Ergebnisse allein machen also deutlich, dass sich die quantitative Kriegsursachenforschung seit Mitte der Neunzigerjahre erheblich bewegt hat. Längst hat sie mehr zu bieten als Makrokorrelationen auf systemischer Ebene. Die Trendwende zu subsystemischen Analysen ist eingeleitet und erweist sich als fruchtbar. Das unterstreicht auch die Vielfalt der quantitativen Kriegsursachenforschung und ihr Vermögen, sich auf neue weltpolitische Konstellationen einzustellen und die weitere Theoriebildung zu inspirieren. Dabei zeigen die ersten Befunde einige interessante Ergebnisse, die es nun einerseits durch weitere Analysen zu verfestigen, und andererseits in die Theoriebildung zu überführen gilt. Gleichzeitig wird erkennbar, dass die traditionellen Prämissen der KUF nicht voreilig über Bord geworfen werden sollten. Die neuen Bürgerkriege sind – bei aller Eigendynamik und Brutalität – auch durch rational kalkulierende Eliten bestimmt. Um Lösungsstrategien für solche Konflikte lokalisieren zu können, ist es notwendig, diesen Aspekt nicht aus den Augen zu verlieren und einer Neo-Romantisierung des Krieges anheim zu fallen.

Ein Schwerpunkt der KUF muss und wird in Zukunft die Verknüpfung von Struktur- und Prozessanalyse sein. Dabei wird es vornehmlich darauf ankommen, Eskalations- und De-Eskalationsprozesse weiter zu spezifizieren. Für die Gewaltprävention ist es von zentraler Bedeutung, nicht nur die Rahmenbedingungen zu kennen, die kriegerische Gewalt mehr oder weniger wahrscheinlich machen, sondern auch die Aktions- und Reaktionsverläufe vergleichend zu erfassen, die kosten- und informationsempfindliche Akteure bis zu dem Punkt führen, an dem sie sich zum Einsatz ihrer Truppen entschließen. Die politische Praxis scheint diesbezüglich bereits einen Schritt weiter zu sein. Ihr gelingt es deutlich besser als während des Kalten Kriegs, die Eskalation begrenzter Feindseligkeiten zu umfassenderen Kampfhandlungen in Krisenregionen zu verhindern (Wallensteen/Sollenberg 2001: 633). Nach wie vor hoch problematisch ist die Beendigung lang anhaltender Bürgerkriege, die jährlich mindestens 1000 Tote unter den Kämpfern fordern. Zumindest für diesen Kriegstyp scheint es angemessen zu sein, von einer fatalen Eigendynamik der Gewalt zwischen verfeindeten politischen Gemeinschaften zu sprechen. Inwiefern es allerdings gelingt, von einer Phänomenologie der Gewalt zu geeigneten De-Eskalationsstrategien zu kommen, ist eine noch vollkommen offene, aber hoch spannende Frage.

### Literatur

- Adler, Emanuel 2002: Constructivism and International Relations, in: Carlsnaes/Risse/Simmons 2002, 95-118.
- Adler, Emanuel/Barnett, Michael 1998: A Framework for the Study of Security Communities, in: Adler, Emanuel/Barnett, Michael (Hrsg.): Security Communities, Cambridge, 29-65.
- Appleby, R. Scott 2000: The Ambivalence of the Sacred: Religion, Violence, and Reconciliation, Lanham, MD.
- Auvinen, Juha 1997: Political Conflict in Less Developed Countries, 1981-1989, in: Journal of Peace Research 34: 2, 177-195.
- Azam, Jean Paul 2002: Looting and Conflict between Ethnoregional Groups, in: Journal of Conflict Resolution 46: 1, 131-153.
- Barbieri, Katherine 1996: Economic Interdependence: A Path to Peace or a Source of Interstate Conflict?, in: Journal of Peace Research 33: 1, 29-49.
- Barbieri, Katherine/Schneider, Gerald 1999: Globalization and Peace: Assessing New Directions in the Study of Trade and Conflict, in: Journal of Peace Research 36: 4, 387-404.
- Barkawi, Tarak/Laffey, Mark 1999: The Imperial Peace: Democracy, Force and Globalization, in: European Journal of International Relations 5: 4, 403-434.
- Bennett, Scott/Stam III, Allan 1998: The Declining Advantages of Democracy: A Combined Model of War Outcomes and Duration, in: Journal of Conflict Resolution 42: 3, 344-366.
- Benoit Kenneth 1996: Democracies Really are More Pacific (in General), in: Journal of Conflict Resolution 40: 4, 636-657.
- Bercovitch, Jacob/Jackson, Richard 1997: International Conflict: A Chronological Encyclopedia of Conflicts and their Management 1945-1995, Washington, DC.
- Billing, Peter 1992: Eskalation und Deeskalation internationaler Konflikte, Frankfurt a. M.
- Blomberg, Brock S./Hess, Gregory D. 2002: The Temporal Link between Conflict and Economic Activity, in: Journal of Conflict Resolution 46: 1, 74-90.
- Brecher, Michael/Wilkenfeld, Jonathan 2000: A Study of Crisis, Ann Arbor, MI.

- Bremer, Stuart A.* 1993: Advancing the Scientific Study of War, in: *International Interactions* 19: 1-2, 1-26.
- Bremer, Stuart A.* 2000: Who Fights Whom, When, Where, and Why, in: Vasquez 2000b, 23-36.
- Brown, Michael E.* 1997: The Causes of Internal Conflict: An Overview, in: Brown, Michael E. (Hrsg.): *Nationalism and Ethnic Conflict: An International Security Reader*, Cambridge, MA, 3-25.
- Brown, Michael E./Oudraat, Chantal de Jounge* 1997: Internal Conflict and International Action: An Overview, in: Brown, Michael E. (Hrsg.): *Nationalism and Ethnic Conflict: An International Security Reader*, Cambridge, MA, 235-264.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Lalman, David* 1992: *War and Reason: Domestic and International Imperatives*, New Haven, CT.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Morrow, James/Siverson, Randolph M./Smith, Alastair* 1999: An Institutional Explanation of the Democratic Peace, in: *American Political Science Review* 93: 4, 791-807.
- Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth* (Hrsg.) 2002: *Handbook of International Relations*, London.
- Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict* 1997: *Preventing Deadly Conflict*, New York, NY.
- Chan, Steve* 1997: In Search of Democratic Peace: Problems and Promises, in: *Mershon International Studies Review* 41: 1, 59-91.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke* 2001: Greed and Grievance in Civil War (World Bank Policy Research Working Papers 2355), Washington, DC.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke* 2002: On the Incidence of Civil War in Africa, in: *Journal of Conflict Resolution* 46: 1, 13-28.
- Collier, Paul/Sambanis, Nicholas* 2002: Understanding Civil War. A New Agenda, in: *Journal of Conflict Resolution* 46: 1, 3-12.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1986: *Friedensstrategien. Systemwandel durch Internationale Organisation, Demokratisierung und Wirtschaft*, Paderborn.
- Daase, Christopher* 1999: *Kleine Kriege – Große Wirkungen. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert*, Baden-Baden.
- Daase, Christopher* 2002: Der Krieg und die Friedensforschung – Kleine Polemik zugunsten der Polemologie, in: Schmidt, Hajo/Trittmann, Uwe (Hrsg.): *Kultur und Konflikt. Dialog mit Johan Galtung*, Münster, 83-95.
- David, Steven R.* 1997: Internal War: Causes and Cures, in: *World Politics* 49: 4, 552-576.
- Davis, David R./Moore, Will H.* 1997: Ethnicity Matters: Transnational Ethnic Alliances and Foreign Policy Behavior, in: *International Studies Quarterly* 41: 1, 171-184.
- Diehl, Paul F.* 1999: Territorial Disputes, in: *Encyclopedia of Violence, Peace, and Conflict*, Volume 3, Orlando, FL, 487-496.
- Diehl, Paul F./Goertz, Gary* 2000: *War and Peace in International Rivalry*, Ann Arbor, MI.
- Doyle, Michael* 1986: Liberalism and World Politics, in: *American Political Science Review* 80: 4, 1151-1169.
- Efinger, Manfred/Rittberger, Volker/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael* 1990: Internationale Regime und internationale Politik, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen: Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven* (PVS Sonderheft 21), Opladen, 263-285.
- Ellingsen, Tanja* 2000: Colorful Community or Ethnic Witches' Brew? Multiethnicity and Domestic Conflict During and After the Cold War, in: *Journal of Conflict Resolution* 44: 2, 228-249.
- Ellingsen, Tanja/Gleditsch, Nils Petter* 1997: Democracy and Armed Conflict in the Third World, in: Volden, Ketil/Smith, Dan (Hrsg.): *Causes of Conflict in the Third World*, Oslo, 69-81.

- Ellis, Stephen 1999: *The Mask of Anarchy: The Destruction of Liberia and the Religious Dimension of an African War*, London.
- Elwert, Georg 1995: Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckerkennung von Gewalt, in: von Trotha, Trutz (Hrsg.): *Soziologie der Gewalt (KZfSS Sonderheft 37)*, Opladen, 86-101.
- Elwert, Georg 1998: Wie ethnisch sind Bürgerkriege? Der Irrglaube, daß Bürgerkriege kulturelle Wurzeln haben, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit* 10, 265-267.
- Enzensberger, Hans Magnus 1993: *Aussichten auf den Bürgerkrieg*, Frankfurt a. M.
- Esty, Daniel C./Goldstone, Jack/Gurr, Ted Robert/Harff, Barbara/Surko, Pamela T./Unger, Alan N./Chen, Robert 1998: The State Failure Project: Early Warning Research for U.S. Foreign Policy Planning, in: Davies, John L./Gurr, Ted Robert (Hrsg.): *Preventive Measures: Building Risk Assessment and Crisis Early Warning Systems*, Lanham, MD, 27-38.
- Fearon, James D. 1994: Domestic Political Audiences and the Escalation of International Disputes, in: *American Political Science Review* 88: 3, 577-592.
- Fearon, James D. 1995: Rationalist Explanations for War, in: *International Organization* 49: 3, 379.
- Fearon, James D./Laitin, David D. 2000: Violence and the Social Construction of Ethnic Identity, in: *International Organization* 54: 4, 845-877.
- Fearon, James D./Laitin, David D. 2002: Ethnicity, Insurgency, and Civil War, in: *American Political Science Review*, i. E.
- Fearon, James D./Wendt, Alexander 2002: Rationalism v. Constructivism: A Skeptical View, in: *Carlsnaes/Risse/Simmons* 2002, 52-72.
- Fox, Jonathan 2001: Two Civilizations and Ethnic Conflict: Islam and the West, in: *Journal of Peace Research* 38: 4, 459-472.
- Frieden, Jeffrey A. 1994: International Investment and Colonial Control: A New Interpretation, in: *International Organization* 48: 4, 559-593.
- Galtung, John 1972: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*, Frankfurt a. M., 29-104.
- Gantzel, Klaus Jürgen 1997: Kriegsursachen – Tendenzen und Perspektiven, in: *Ethik und Sozialwissenschaften* 8: 3, 257-266.
- Garfinkel, Michelle R./Skaperdas, Stergios 2000: Conflict without Misperceptions or Incomplete Information, in: *Journal of Conflict Resolution* 44: 4, 793-807.
- Gartzke, Erik/Li, Quam/Boehmer, Charles 2001: Investing in the Peace: Economic Interdependence and International Conflict, in: *International Organization* 55: 2, 391-438.
- Gaubatz, Kurt Taylor 1996: Democratic States and Commitment in International Relations, in: *International Organization* 50: 1, 109-139.
- Geis, Anna 2001: Diagnose: Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die Kontroversen um den demokratischen Frieden, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42: 2, 282-298.
- Geller, Daniel S. 2000: Explaining War. Empirical Patterns and Theoretical Mechanisms, in: *Midlarsky* 2000, 407-449.
- Geller, Daniel S./Singer, David J. 1998: *Nations at War: A Scientific Study of International Conflict*, Cambridge, MA.
- Gelpi, Christopher F./Griesdorff, Michael 2001: Winners or Losers? Democracies in International Crisis, 1918-1994, in: *American Political Science Review* 95: 3, 633-647.
- Gissinger, Ranveig/Gleditsch, Nils Petter 1999: Globalization and Conflict: Welfare, Distribution and Political Unrest, in: *Journal of World-System Research* 5: 2, 327-365.
- Gleditsch, Kristian S./Ward, Michael D. 2000: War and Peace in Space and Time: The Role of Democratization, in: *International Studies Quarterly* 44: 1, 1-29.
- Gleditsch, Nils Petter/Hegre, Havard 1997: Peace and Democracy: Three Levels of Analysis, in: *Journal of Conflict Resolution* 41: 2, 283-310.

- Gochman, Charles 1993: The Evolution of Disputes, in: *International Interactions* 19: 1, 49-76.
- Goertz, Gary/Diehl, Paul F. 2000: Rivalries: The Conflict Process, in: Vasquez 2000b, 197-218.
- Gow, James 1997: *Triumph of the Lack of Will. International Diplomacy and the Yugoslav War*, London.
- Grieco, Joseph M. 2001: Repetitive Military Challenges and Recurrent International Conflicts, 1918-1994, in: *International Studies Quarterly* 45: 2, 295-316.
- Gurr, Ted Robert 1994: People Against States: Ethnopolitical Conflict and the Changing World System, in: *International Studies Quarterly* 38: 3, 347-377.
- Gurr, Ted Robert 2000: *Peoples versus States: Minorities at Risk in the New Century*, Washington, DC.
- Gurr, Ted Robert/Marshall Monty G./Khosla, Deepa 2001: *Peace and Conflict 2001: A Global Survey of Armed Conflicts, Self-Determination Movements, and Democracy* (Center for International Development and Conflict Management, University of Maryland), College Park, MD.
- Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste (Hrsg.) 1999: *Imperfect Unions: Security Institutions over Time and Space*, Oxford.
- Hagan, Joe D. 1994: Domestic Political Systems and War Proneness, in: *Mershon International Studies Review* 38: 1, 183-207.
- Hasenclever, Andreas 2001: Die Macht der Moral in der internationalen Politik. Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina, Frankfurt a. M.
- Hasenclever, Andreas 2002: The Democratic Peace Meets International Institutions. Überlegungen zur internationalen Organisation des demokratischen Friedens, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 9: 1, 75-112.
- Hasenclever, Andreas/Rittberger, Volker 2000: Does Religion Make a Difference? Theoretical Approaches to the Impact of Faith on Political Conflict, in: *Millennium: Journal of International Studies* 29: 3, 641-674.
- Hauge, Wenche/Ellingsen, Tanja 1998: Beyond Environmental Scarcity: Causal Pathways to Conflict, in: *Journal of Peace Research* 35: 3, 299-317.
- Hegre, Havard 2000: Development and the Liberal Peace: What Does it Take to be a Trading State, in: *Journal of Peace Research* 37: 1, 5-30.
- Hegre, Havard/Ellingsen, Tanja/Gates, Scott/Gleditsch, Nils Petter 2001: Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civil War, in: *American Political Science Review* 95: 1, 33-48.
- Hegre, Havard/Gleditsch, Nils Petter 2001: Political Institutions, Globalization and Conflict (Paper presented at the World Bank Conference on the Economics and Politics of Civil War, Soria Moria Conference Center, Oslo, 11.-12. Juni 2002), unv. Ms.
- Henderson, Errol A. 1996: Culture or Contiguity: Ethnic Conflict, the Similarity of States, and the Onset of War, 1820-1989, in: *Journal of Conflict Resolution* 41: 5, 649-668.
- Henderson, Errol A. 1999: Civil Wars, in: *Encyclopedia of Violence, Peace, and Conflict*, Volume 1, Orlando, FL, 279-287.
- Henderson, Errol A. 2002: *Democracy and War: The End of an Illusion*, Boulder, CO.
- Henderson, Errol A./Singer, J. David 2000: Civil War in the Post-Colonial World, 1946-1992, in: *Journal of Peace Research* 37: 3, 275-299.
- Henderson, Errol A./Tucker, Richard 2001: Clear and Present Strangers: The Clash of Civilizations and International Conflict, in: *International Studies Quarterly* 45: 2, 317-338.
- Hensel, Paul R. 2000: Territory: Theory and Evidence on Geography and Conflict, in: Vasquez 2000b, 57-84.

- Hensel, Paul R. 2001: Contentious Issues in World Politics: The Management of Territorial Claims in the Western Hemisphere, 1816-1996, in: *International Studies Quarterly* 45: 1, 81-110.
- Holsti, Kalevi J. 1991: *Peace and War: Armed Conflict and International Order 1648-1989*, Cambridge.
- Holsti, Kalevi J. 1996: *The State, War, and the State of War*, Cambridge.
- Huntington, Samuel P. 1996: *Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München.
- Huth, Paul K. 2000: Territory: Why are Territorial Disputes between States a Central Cause of International Conflict?, in: Vasquez 2000b, 85-110.
- Jean, Francois/Rufin, Jean-Christophe 1999: Vorwort, in: Jean, Francois/Rufin, Jean-Christophe (Hrsg.): *Ökonomie der Bürgerkriege*, Hamburg, 7-14.
- Jervis, Robert 2002: Theories of War in an Era of Leading Power Peace, in: *American Political Science Review* 96: 1, 1-14.
- Juergensmeyer, Mark 1993: *The New Cold War? Religious Nationalism Confronts the Secular State*, Berkeley, CA.
- Kaldor, Mary 1999: *New and Old Wars: Organized Violence in a Global Era*, Stanford, CA.
- Kalyvas, Stathis N. 2001: »New« and »Old« Civil Wars: A Valid Distinction?, in: *World Politics* 54: 1, 99-118.
- Kaplan, Robert D. 1994: *Balkan Ghosts: A Journey Through History*, New York, NY.
- Keen, David 1998: *The Economic Functions of Violence in Civil Wars (Adelphi Paper 320)*, Oxford.
- Keddie, Nikki R. 1998: The New Religious Politics: Where, When, and Why Do »Fundamentalisms« Appear?, in: *Comparative Studies in Society and History* 40: 4, 696-723.
- Kugler, Jacek/Lemke, Douglas 2000: The Power Transition Research Program: Assessing Theoretical and Empirical Advances, in: *Midlarsky 2000*, 129-163.
- Lake, David A. 1992: Powerful Pacifists: Democratic States and War, in: *American Political Science Review* 86: 1, 24-37.
- Leeds, Brett Ashley/Davis, David R. 1999: Beneath the Surface: Regime Type and International Interaction, in: *Journal of Peace Research* 36: 1, 5-21.
- Leng, Russell J. 2000: Escalation: Crisis Behavior and War, in: Vasquez 2000b, 235-258.
- Levy, Jack 2002: War and Peace, in: Carlsnaes/Risse/Simmons 2002, 350-368.
- Mansfield Edward D./Pollins, Brian M. 2001: The Study of Interdependence and Conflict: Recent Advances, Open Questions, and Directions for Future Research, in: *Journal of Conflict Resolution* 45: 6, 834-859.
- Mansfield, Edward D./Milner, Helen V./Rosendorff B. Peter 2000: Free to Trade: Democracies, Autocracies, and International Trade, in: *American Political Science Review* 94: 2, 305-21.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack 1995: Democratization and the Danger of War, in: *International Security* 20: 1, 5-38.
- McLaughlin, Sara Mitchell/Prins, Brandon 1999: Beyond Territorial Contiguity: Issues at Stake in Democratic Militarized Disputes, in: *International Studies Quarterly* 43: 1, 169-183.
- McMillan, Susan M. 1997: Interdependence and Conflict, in: *Mershon International Studies Review* 41: 1, 33-58.
- Mearsheimer, John J. 1994/95: The False Promise of International Institutions, in: *International Security* 19: 3, 5-49.
- Midlarsky, Manus (Hrsg.) 2000: *Handbook of War Studies*, 2. Auflage, Ann Arbor, MI.
- Milton, Andrew K./O'Neil, Patrick H. 2000: International Peace: Liberal or Conservative? An Institutional Explanation, in: *International Politics* 37: 1, 121-142.

- Morgenthau, Hans-Joachim* 1973: *Politics among Nations: The Struggle for Power and Peace*, New York, NY.
- Müller, Harald* 1994: Institutionen und internationale Ordnung, in: Krell, Gert/Müller, Harald (Hrsg.): *Frieden und Konflikte in den internationalen Beziehungen – Festschrift für Ernst-Otto Czempel*, Frankfurt a. M., 223-253.
- Müller, Harald* 1999: *Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington*, Frankfurt a. M.
- Müller, Harald* 2002a: Antinomien des demokratischen Friedens, in: *Politische Vierteljahresschrift* 43: 1, 46-81.
- Müller, Harald* 2002b: Security Cooperation. in: Carlsnaes/Risse/Simmons 2002, 95-118.
- Muller, John/Weede, Erich* 1990: Cross National Variations in Political Violence: A Rational Action Approach, *Journal of Conflict Resolution* 34: 6, 624-651.
- Münkler, Herfried* 2001: Die privatisierten Kriege des 21. Jahrhunderts, in: *Merkur* 55: 3, 222-234.
- Oneal, John R./Oneal, Frances H./Maos, Zeev/Russett, Bruce* 1996: The Liberal Peace: Interdependence, Democracy, and International Conflict, in: *Journal of Peace Research* 33: 1, 11-28.
- Oneal, John R./Russett, Bruce* 1997: The Classical Liberals Were Right: Democracy, Interdependence, and Conflict, 1950-1985, in: *International Studies Quarterly* 40: 2, 267-293.
- Oneal, John R./Russett, Bruce* 1999: Assessing the Liberal Peace with Alternative Specifications: Trade Still Reduces Conflict, in: *Journal of Peace Research* 36: 4, 423-442.
- Organski, A.F.K./Kugler Jacek* 1980: *The War Ledger*, Chicago, IL.
- Peceny, Mark/Beed, Caroline C./Sanchez-Terry, Shannon* 2002: Dictatorial Peace?, in: *American Political Science Review* 96: 1, 15-26.
- Pfetsch, Frank R./Rohloff, Christoff* 2000: *National and International Conflicts, 1945-1995: New Empirical and Theoretical Approaches*, London.
- Ray, James Lee* 2000: Democracy: on the Level(s), Does Democracy Correlate with Peace?, in: Vasquez 2000b, 299-316.
- Reynal-Querol, Marta* 2002: Ethnicity, Political Systems, and Civil Wars, in: *Journal of Conflict Resolution* 46: 1, 29-54.
- Risse, Thomas* 2000: »Lets Argue!«: Communicative Action in World Politics, in: *International Organization* 54: 1, 1-39.
- Risse, Thomas* 2002: Konstruktivismus, Rationalismus und die Theorie Internationaler Beziehungen – Warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde (Papier für die Wissenschaftliche Tagung der Sektion Internationale Politik der DVPW, Evangelische Akademie Arnoldshain, 4.-6. April 2002), i. E.
- Rittberger, Volker* 1987: Zur Friedensfähigkeit von Demokratien. Betrachtungen zur politischen Theorie des Friedens, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37: 44, 3-12.
- Rittberger, Volker* 1993: Research on International Regimes in Germany: The Adaptive Internalization of an American Social Science Concept, in: Rittberger, Volker (with the assistance of Peter Mayer) (Hrsg.): *Regime Theory and International Relations*, Oxford, 3-22.
- Rittberger, Volker* (unter Mitarbeit von Bernhard Zangl) 1994: *Internationale Organisationen. Politik und Geschichte*, Opladen.
- Rufin, Jean-Christophe* 1999: Kriegswirtschaft in internen Konflikten, in: Jean, Francois/Rufin, Jean-Christophe (Hrsg.): *Ökonomie der Bürgerkriege*, Hamburg, 15-46.
- Rummel, Rudolph J.* 1995: Democracy, Power, Genocide, and Mass Murder, in: *Journal of Conflict Resolution* 39: 1, 3-26.
- Russett, Bruce* 1993: *Grasping the Democratic Peace: Principles for a Post-Cold War World*, Princeton, NJ.



- Russett, Bruce/Oneal, John R 2001: *Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations*, New York, NY.
- Russett, Bruce/Oneal, John R./Davis, David R. 1998: *The Third Leg of the Kantian Tripod: International Organizations and Militarized Disputes, 1950-1985*, in: *International Organization* 52: 3, 441-467.
- Sambanis, Nicholas 2001: *Do Ethnic and Nonethnic Civil Wars have the Same Causes? A Theoretical and Empirical Inquiry (Part 1)*, in: *Journal of Conflict Resolution* 45: 3, 259-282.
- Sambanis, Nicholas 2002: *A Review of Recent Advances and Future Directions in the Quantitative Literature on Civil Wars*, in: *Defence and Peace Economics* 13: 3, 215-243.
- Schlichte, Klaus 1994: *Is Ethnicity a Cause of War*, in: *Peace Review* 6: 1, 59-65.
- Schlichte, Klaus 1996: *Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges*, Münster.
- Schlichte, Klaus 2002: *Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den Internationalen Beziehungen*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 9: 1, 113-137.
- Schultz, Kenneth A. 1998: *Domestic Opposition and Signaling in International Crises*, in: *American Political Science Review* 92: 4, 829-844.
- Schultz, Kenneth A. 1999: *Do Democratic Institutions Constrain or Inform? Contrasting Two Institutional Perspectives on Democracy and War*, in: *International Organization* 53: 2, 233-266.
- Senese, Paul D. 1999: *Democracy and Maturity: Deciphering Conditional Effects on Levels of Dispute Intensity*, in: *International Studies Quarterly* 43: 3, 483-502.
- Senghaas, Dieter 1972: *Editorisches Vorwort*, in: Senghaas, Dieter (Hrsg): *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*, Frankfurt a. M., 7-26.
- Senghaas, Dieter 1998: *Zivilisierung wider Willen: Der Konflikt der Kulturen mit sich Selbst*, Frankfurt a. M.
- Seybolt, Taylor B. 2001: *Major Armed Conflicts*, in: *SIPRI Yearbook*, Oxford, 17-51.
- Siegelberg, Jens 1994: *Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft*, Münster.
- Singer, David J. 2000: *The Etiology of Interstate War: A Natural History Approach*, in: *Vasquez* 2000b: 3-22.
- Smith, Dan 2001: *Trends and Causes of Armed Conflict*, in: *Berghof Handbook for Conflict Transformation*, i. E.
- Snow, Donald M. 1996: *Uncivil Wars. International Society and the New Internal Conflicts*, Boulder, CO.
- Snyder, Jack 1991: *The Myths of Empire: Domestic Politics and International Ambition*, Ithaca, NY.
- Sofsky, Wolfgang 1996: *Traktat über die Gewalt*, Frankfurt a. M.
- Solingen, Eitel 1998: *Regional Orders at the Century's Dawn: Global and Domestic Influences on Grand Strategy*, Princeton, NJ.
- Sterling-Folker, Jennifer 2000: *Competing Paradigms or Birds of a Feather? Constructivism and Neoliberal Institutionalism Compared*, in: *International Studies Quarterly* 44: 1, 97-119.
- Teusch, Ulrich/Kahl, Martin 2001: *Ein Theorem mit Verfallsdatum? Der »Demokratische Friede« im Kontext der Globalisierung*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 8: 2, 287-320.
- Thompson, William R. 2001: *Identifying Rivals and Rivalries in World Politics*, in: *International Studies Quarterly* 45: 4, 557-586.